

Die NATO und der IMPERIALISMUS



Wer kann die neue Weltordnung stürzen?

*12 Seiten SPEZIAL:
Zehn Jahre nach dem Ende des
Staatskapitalismus*

Teilung und Wiedervereinigung
Deutschlands

Polen: 10 Jahre nach dem Fall des Stalinismus

Staatskapitalismus: Der Osten war nicht „rot“

Untergang der DDR: Ein Grund zum Trauern?

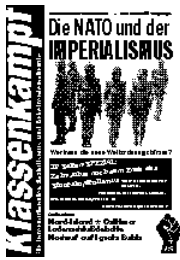
Außerdem:

Nord-Irland ★ Osttimor

Ladenschlußdebatte

Nachruf auf Ignatz Bubis





Editorial

Der vergangene Krieg auf dem Balkan ist in Deutschland leider nur auf geringe und zaghafte Proteste gestoßen. Kaum hat sich der heiße Krieg dort etwas abgekühlt, schon zeichnen sich weltweit neue Konflikte und Kriegsvorbereitungen

ab. China bedroht Taiwan, die USA bedrohen China, zwischen Indien und Pakistan kam es vermehrt zu militärischen Auseinandersetzungen, Rußland hat in Dagestan einen neuen monate- oder jahrelangen blutigen Krieg vor sich.

Die Welt wird immer brutaler von den Profitinteressen der großen Imperialisten und ihren regionalen Gegenstücken, den Subimperialisten, geprägt. Aus diesem Grund wird das zentrale Thema unseres Marxismustages im Oktober die geschichtliche Entwicklung und die Perspektive des Imperialismus sein. Aus diesem Grund seid Ihr alle herzlich eingeladen, Euch an der Diskussionsveranstaltung in Köln am Samstag, den 16. Oktober, zu beteiligen. (Siehe Seite 27)

Den Ausweg aus dieser Vorkriegszeit wies die Oktoberrevolution 1917 in Rußland, die es geschafft hat, den Ersten Weltkrieg zu beenden. Nur die internationale Arbeiterklasse hat das Interesse, eine solidarische Gesellschaft aufzubauen und ist nicht auf die Erzwingung von Profiten durch Krieg, Hunger und Elend angewiesen.

Doch die Revolution scheiterte mit Stalins Konterrevolution, die ab 1924 einsetzte. Ein staatskapitalistischer Klassenstaat entstand, nach dessen Vorbild weitere Länder wie die DDR, der gesamte Ostblock aber auch Länder wie China und Kuba organisiert wurden. Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer 1989 und dem Untergang der stalinistischen Systeme haben wir den Jahrestag zum Anlaß genommen, eine Rückschau auf den Leichnam des stalinistischen Systems zu machen, um zu zeigen, daß es nicht der Sozialismus war, der vor zehn Jahren gescheitert ist.

Artikel über den Klassencharakter der DDR, die Wiedervereinigung, Grundsätzliches zum staatskapitalistischen System und ein Interview mit polnischen Sozialisten bilden den Schwerpunkt des vorletzten Klassenkampfes vor der Jahrtausendwende.

Noch immer hängt die überwiegende Mehrheit der Linken den Ideen Stalins und des Staatskapitalismus nach. Es gilt, sich mit den Ideen des Marxismus zu bewaffnen, um das kommende Jahrtausend im Interesse der Massen zu gestalten und deshalb sein bestes zu geben, um es so schnell wie möglich mit dem Einstand der klassenlosen Gesellschaft beginnen zu können.

Kommt zum Marxismustag nach Köln und baut mit uns - gerade in den traurigen Zeiten von heute - den Kern der Partei auf, die die Welt aus den Angeln heben kann, wenn die Arbeiter aus der Defensive heraustreten und ihre Sache in die eigene Hand nehmen.

INHALT

- 2 Editorial ★ Inhalt ★ Kontaktadressen

Notizen des Monats

- 3 Die Psyche spielt verrückt... ★
Schlamm Schlacht: Wie das Kapital aus Scheiße Geld macht
- 28 Ladenschlußdebatte (Fortsetzung auf Seite 4)

Ein weiterer Angriff auf die Arbeiterklasse

Der arbeitsfreie Sonntag darf nicht aufgegeben werden

Imperialismus / Internationales

- 6 Die NATO, das Öl und der nächste Konflikt
Wie kann die neue Weltordnung gestürzt werden?
- 8 Nordirland: Polizeigewalt bedroht den Friedensprozeß
- 10 Osttimor: Perspektiven für die Befreiungsbewegung

SPEZIAL: 10 Jahre nach dem Sturz des Staatskapitalismus

- 12 Der Untergang der DDR
Ein Grund zu Trauern?
- 18 Teilung und Wiedervereinigung
- 20 Interview mit polnischen Sozialisten:
Polen - zehn Jahre nach dem Fall des Stalinismus
- 22 Warum der Osten nie „rot“ war
Kurze Darstellung der Staatskapitalismus-Theorie

Nachruf

- 25 Ignatz Bubis
- 27 Ortsgruppen ★ Termine ★ Veranstaltungen ★ Grundsätze



Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes und Kontakt:
Norbert Nelte Xantener Str. 3b, 50733 K In
Tel.: 0221/760 41 00
Einzelpreis: DM 2,- / 1,- e
Abo-Preis: DM 20,- / 10,- e
(6 Ausgaben im Jahr)
Kontonummer:
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30
Kto. Nr. 140993 - 301

Kontakt über Ortsgruppen:
Aachen: Beate · 02 41 / 99 76 776
Bonn: Gaby · 02 28 / 47 54 16
Düsseldorf: Aky · 02 11 / 29 26 465
Essen: Karsten · 02 01 / 64 61 555
Hamburg: Christoph · 040 / 63 99 80 42
Köln: Francis · 02 21 / 51 01 796
Solingen: Per email · wollfff@gmx.de oder telefonisch über Köln
Lübeck über Köln
email: klassenkampf@net.cologne.de
Homepage: www.internationalesozialisten.de

Die Psyche spielt verrückt...

★ CLAUDIA WACH

Ein Gespenst geht um in der Welt - das Gespenst der psychischen Krankheit. So oder ähnlich könnte man es beschreiben, wenn man hört, was die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kürzlich zu berichten hatte.

Es ist mit wenigen Worten zu beschreiben: Hunderte Millionen sind psychisch krank! Genau genommen gehören psychische Erkrankungen nach Angaben der WHO zu den häufigsten und einige von ihnen zu den schwerwiegendsten Krankheiten überhaupt. Neben Infektionserkrankungen mit 22,9% und Unfällen mit 11% rangieren psychische Störungen mit 10,5% an dritter Stelle der häufigsten Erkrankungen. Zu diesen psychischen Störungen gehören Angst- und Zwangsneurosen (rund 400 Millionen Menschen),

Schlamm Schlacht

Der Kapitalismus zeichnet doch seine besten Karikaturen selber. Kaum haben wir uns von einem Lebensmittelskandal erholt, kommt auch schon der nächste, und zwar so, daß es einem die Sprache verschlägt. In Frankreich hat ein Tierfutterhersteller Anfang August, der auch nach Deutschland exportiert, herausgefunden, wie er die schnelle Mark noch fixer verdienen kann.

Ganz einfach. Er hat in die Container mit toten Tieren einfach die Gülle, den Klärschlamm und die dazugehörige Scheiße mit hineingekippt. Das bekamen zum Schlachten bestimmte Tiere dann als Futter. Und die wiederum landeten beim nächsten Supermarkt schön putenrot in glänzender Plastikfolie verpackt im Fleischfach.

Endlich hat das Kapital rausgefunden, wie man wortwörtlich aus Scheiße Gold macht. Warum verpacken sie die nicht gleich in Plasikfolie und legen sie ins Fleischfach? Eines Tages müssen die Bosse ihre Scheiße selber fressen und wir freuen uns auf den Tag, wo sie ihnen im Halse stecken bleibt.

Depressionen (340 Millionen), Alkoholabhängigkeit (290 Millionen) und Schizophrenie (45 Millionen). (Angaben aus der 'Frankfurter Rundschau' vom 30.07.99)

In der Dritten Welt tragen unzählige Leute psychische Krankheiten mit sich herum als Resultat von Kriegen, Zwangsrekrutierungen von Kindern für die Armee, ihren Verkauf in die Prostitution, Hunger, Elend usw. Aber das wirtschaftliche System, das noch nicht so hoch entwickelt ist, wie in den Industrieländern, von denen die Dritte Welt noch zusätzlich ausgebeutet wird, kann sich keine Arbeiter leisten, die aus psychischen Gründen der Arbeit fernblieben oder gar das Anrecht auf eine finanzierte Psychotherapie hätten. Deshalb würden dortige Ärzte oder Hilfsorganisationen auch keine psychischen Erkrankungen diagnostizieren, und die betreffenden Zahlen aus der Dritten Welt fließen fast gar nicht in die Statistik der WHO ein. Das Problem ist also viel dramatischer als es scheint.

Was sagen uns nun diese Zahlen? Wir haben doch alles, uns mühte es doch eigentlich gut gehen, oder? Es ist doch verblüffend. Lauter Reichtum um uns herum, technischer Fortschritt und grenzenlose Selbstverwirklichungsmöglichkeiten. Kriegt man das nicht an jeder Ecke zu hören? Und trotzdem. Die Menschen werden immer verzweifelter, zunehmend gestörter und sehen nicht selten im Selbstmord die einzige Möglichkeit, sich von all den ach so wunderbaren Möglichkeiten, die dieses Land uns bietet, zu befreien. Nach Schätzungen der WHO liegt die Selbstmordrate im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen jährlich bei einer Million, wobei die Selbstmordversuche auf 20 Millionen geschätzt werden.

Genug der Ironie. Die Zahlen der Weltgesundheitsorganisation verdeutlichen, wie unaushaltbar dieses System für viele Menschen bereits geworden ist. Der Druck auf den einzelnen nimmt immer mehr zu, sei es im Betrieb, in der Familie, in Schule oder Universität.

Wer diesem Druck nicht standhält, wer den Anforderungen, die unsere Bosse an uns stellen, nicht gerecht wird, gerät unweigerlich in ein seelisches Ungleichgewicht. Es ist in der Tat in dieser Gesellschaft in keinsten Weise Platz für

Selbstverwirklichung. Hier wird gemacht, was angeordnet wird, dabei spielen Bedürfnisse und Fähigkeiten des einzelnen keine Rolle. Das einzige, was zählt, sind Profite. Der Mensch, der sich dadurch definiert, daß er die Welt durch seine Tätigkeit bewußt verändert, wird plötzlich von den Produkten, die er selber für seinen Kapitalisten herstellen muß, beherrscht, anstatt sie zu beherrschen. Ob dieser oder jener Arbeiter morgen noch seine Stelle haben wird, wird dadurch entschieden, ob diese Produkte dann als Waren verkauft werden können; ob der Arbeiter seinen Lohn in gleicher Höhe weiter erhält oder ob er eine Kürzung hinnehmen muß, wird dadurch entschieden, welchen Preis die Ware auf dem Markt erzielt. Dieser Zustand, in dem der Arbeiter leben muß, nennen wir Marxisten Entfremdung.

Ein Mensch, der so sehr im Widerspruch zu sich selber und der Gesellschaft steht, muß - und dies ist eine schmerzhaft, aber unleugbare Tatsache, früher oder später an diesem Phänomen erkranken. Die Zahlen der WHO dürften eigentlich überhaupt nicht überraschen. Sie sind der Ausdruck für den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Sie verdeutlichen einmal mehr die unglaublichen Destruktionskräfte des Kapitalismus. Sie stehen für die Entfremdung der Menschen und zeigen deutlich, daß wir in diesem System niemals eine Chance haben werden, zu uns selber zu finden. Es deutet alles auf das genaue Gegenteil hin. Solange wir die Sache nicht selber in die Hand nehmen und selbstbewußt für eine emanzipierte Gesellschaft kämpfen, werden wir mit psychischen Störungen leben müssen. Klar aber deutlich.



Zitat



des Monats

»Für Dinge, die heute Sozialdemokraten fordern bin ich vor Jahren noch durch die Presse gejagt worden.«

Hans-Olaf Henkel, BDI-Präsident
in 'Die Woche' vom 20.8.99

Ladenschlußdebatte

Ein weiterer Angriff

Der arbeitsfreie Sonntag darf nicht aufgegeben werden!

Fortsetzung von Rückseite

Mit Tricks und illegalen Aktionen versuchen die großen Handelsketten immer unverschämter die gesetzlich festgelegten Ladenschlußzeiten aufzuweichen. Laut einer Emnid Umfrage sind zwei Drittel der Bundesbürger gegen eine Öffnung am Sonntag. Schon jetzt arbeiten rund 22,5% aller Beschäftigten in Deutschland Sonntags. Für etwa 8 Millionen Frauen und Männer bedeutet das eine unzumutbare Belastung ihres Arbeitslebens.

In diesem Artikel beleuchten wir die Auswirkungen einer Erweiterung der Öffnungszeiten auf die Arbeiterklasse und weisen auf die Notwendigkeit eines konsequenten Kampfes dagegen hin.

★ MARGIT BEHRENDTS

In einer gemeinsamen Presseerklärung vom 9.8.99 warnten die Gewerkschaften die sich zur gemeinsamen ver.di-Gewerkschaft (Vereinigte Dienstleistung) zusammenschließen wollen (DPG, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG), davor,

»das Interesse bestimmter Verbraucherschichten an ‚Shopping rund um die Uhr‘ hier zu bewerten, als den Anspruch von knapp drei Millionen Einzelhandelsbeschäftigten auf familienverträgliche Arbeitszeiten. Nach den Erfahrungen mit der Änderung des Ladenschlussgesetzes von 1996 brachten längere Ladenschlußzeiten insgesamt weder mehr Umsatz noch mehr reguläre Arbeitsplätze.«

Die Hoffnung der Handelsketten auf

einen größeren Umsatz ist eine Milchmädchenrechnung. Die Menschen werden nicht einfach mehr kaufen, weil der Sonntag geöffnet ist. Woher sollen sie das Geld nehmen?

Mehr Arbeitsplätze wurden auch schon im Vorfeld der Erweiterungen von 1996 von den Bossen versprochen. Doch im Gegenteil gingen seit 1996 mehr als 200.000 Vollzeit-Arbeitsplätze verloren. Der Einzelhandel konnte sogar die Gesamtzahl der jährlich gearbeiteten Stunden um 10 Prozent verringern.

Besonders die beiden Handelsmultis Horton und Kaufhof (beide Metro) sind die aggressivsten Betreiber eines Wegfalls der Regelungen. Sie brachen einfach das Gesetz, um an Sonntagen verkaufen zu können. Es sind genau die großen Konzerne, die von einem arbeitsfreien Sonntag profitieren können. Im Preiskampf um die letzten Profite, die noch umverteilt werden können, haben sie einen viel längeren Atem, als die Besitzer kleiner Läden, die es die Existenz kosten könnte, einen weiteren Mitarbeiter einstellen oder den anderen weitere Stunden zahlen zu müssen. Wenn solche Geschäfte pleite gehen, könnten die Großen einfach deren Kunden übernehmen.

Steigt zudem noch die Arbeitslosigkeit im Einzelhandel, wird die Seite der Bosse sogar noch weitere Lohnkürzungen durchsetzen können, wenn sie es wieder schafft, die Angst der Kollegen listig auszunutzen.

Die Handelsmultis haben den Krieg um die neuen Öffnungszeiten jedenfalls schon aufgenommen. So wurden beim Kaufhof am Berliner Alexanderplatz kurzerhand 90% des Warensortiments zum touristischen Souvenir erklärt. Den Verkauf von Touristikartikeln und

Artikeln zum sofortigen Verbrauch gestatten die Berliner Behörden. Diese ganz klar illegale Aktion wurde vom Berliner Verwaltungsgericht auch dementsprechend mit einer Strafe von 50.000 DM gerügt. Eine Strafe, die der Manager des Kaufhofes freudestrahlend aus der Portokasse bezahlte. Denn an diesem Tag hatte er massenhafte Sonderprofite einfahren können, weil seine Konkurrenten in ganz Berlin geschlossen hatten.

Das Ergebnis war, daß der Kaufhof eine Woche später geschlossen blieb aber schon in der darauffolgenden Woche ein Strafenfest vor seinen Toren organisierte. Auch bei öffentlichen Festen dürfen die angrenzenden Geschäfte in Berlin an Sonntagen öffnen. Diese offensichtlich durch eine Scheinveranstaltung erschlichene Öffnung wurde von den Berliner Behörden genehmigt.

Protestierenden Mitarbeitern und HBV'lern erteilte der Geschäftsführer Hausverbot.

Die Stadtverwaltungen von Halle und Leipzig haben jetzt vom Verwaltungsgericht Bautzen einen Rüffel erteilt bekommen. Die beiden Städte hatten die Ladenschlußzeiten für Geschäfte in den Stadtgrenzen einfach aufgehoben. Dies wurde ihnen jetzt bis auf weiteres untersagt.

Die Angestellten des Einzelhandels dürfen ihre Hoffnungen aber nicht auf die SPD setzen. Die Landwirtschaftsminister haben ein gemeinsames Gutachten zur Abschaffung des Ladenschlussgesetzes in Auftrag gegeben und sind - abgesehen von Bayern, das sich um die christlichen Werte sorgt - einig:

»Das bisherige Ladenschlussgesetz wird nach Einschätzung des nie-

auf die Arbeiterklasse

ders chsischen

Wirtschaftsministers Peter Fischer (SPD) „mit der Jahreswende in ganz Deutschland fallen ... Die Politik sollte jetzt keine Hälkheiten mehr machen, sondern das vor drei Jahren gelockerte Gesetz ganz abschaffen, meint der Minister. „Jeder Einzelhändler soll selbst bestimmen, wann er aufmacht und schließt.« (Frankfurter Rundschau, 4.8.99)

Die Forderungen nach einer Erweiterung werden also noch längere Zeit weitergehen. Aus diesem Grunde ist es wichtig, die Protestaktionen und den Widerstand der Gewerkschaften aktiv zu unterstützen.

Doch werden ihre Aktionen, wie sie

bis jetzt geplant sind, die Auflösung des Gesetzes nicht aufhalten können. Die HBV droht mit juristischen Schritten gegen die Händler. Teilweise richtet sich der Protest nur gegen das Angebot des gesamten Sortiments.

Es wäre wichtig für die Kollegen zu einer Kampfform überzugehen, die die Konzerne da trifft, wo sie es nicht verschmerzen können: bei den Profiten. Denkbar wären Streiks und Blockaden der Geschäftseingänge an Sonntagen. Sollte dies nichts nützen, mü ten sich die Kollegen auf einen allgemeinen Streik einigen. Klar ist, da die Gewerkschaftsführung nicht von sich selbst aus kämpferischere Methoden einschlagen wird. Sie müssen von der Basis dazu gedrängt werden.

Auch auf die SPD oder die Gerichte dürfen die Kollegen nicht spekulieren. Sie müssen selbst für einen Kampf sorgen.

Die rot-grüne Rhetorik besagt, da sie durch Kürzungen bei der Arbeiterklasse den Staat modernisieren wollen. Auch die Handelskonzerne weisen auf die vermeintliche Modernität einer Aufhebung des Ladenschlussgesetzes. Tatsächlich stammen diese Forderungen aus einer Zeit vor 1956 - weit davor! Es ist eine Rückkehr zu den Ideen des vorigen Jahrhunderts.

Modern wäre eine von allen geführte solidarische und planvolle Gesellschaft, nicht die Rückkehr zum Manchester-Kapitalismus des letzten Jahrhunderts. Aus diesem Grund müssen die Kollegen

Alle zusammen gegen die NAZIS!
DEMONSTRATION
 gegen den Nazi-Aufmarsch

2.10.99 - Köln

Köln stellt sich quer



Die NATO, das Öl und der nächste Konflikt

★ NORBERT NELTE

Der Kosovo-Krieg sei der letzte Krieg in Europa für Demokratie und Humanismus, tönt es aus den westlichen Machtzentralen. Jetzt würden wir endgültig einer ewigen Epoche von Wohlstand, Frieden und Demokratie entgegengehen. Wonderful. Nur leider stimmt das nicht. Der nächste Krieg ist schon vorprogrammiert und wird schon vorbereitet; und der wird für die NATO nicht so glimpflich und heroisch enden wie der auf dem Balkan.

Er deutet sich an zwei Fronten an: in Taiwan und in Kasachstan, und wer glaubt, da das nichts mit Europa und der NATO zu tun hätte, der irrt gewaltig.

Bis zum Zusammenbruch des Ostblocks war die NATO ein Verteidigungspakt für den Fall eines Angriffs auf das Gebiet ihrer Mitgliedsstaaten. Seither aber tritt sie in Aktion, wenn „ihre Interessen“ „out of area“ in der ganzen Welt bedroht sind; und „ihre Interessen“ heißt die Interessen der Multis, ihr freier Marktzugang. Die NATO-Doktrin wurde also derart geändert, da sie die Weltherrschaft anstrebt.

Im Kosovo-Krieg wurden diese „Interessen“ schon schriftlich im Rambouillet-Abkommen fixiert. Dort heißt es: »Die Wirtschaft des Kosovo soll in bereinstimmung mit den Prinzipien des freien Marktes funktionieren.«¹ (Rambouillet-Abkommen, Kap. 4., Wirtschaftliche Belange)

Den Serben wurde mit aller Deutlichkeit gezeigt, da man sich dem unterzuordnen hat Ihr Land wurde wegen ihres „Ungehorsams“ zur Strafe ins Mittelalter zurückgebombt.

Überall an den Schnittpunkten zwischen den Westmächten und dem ehemaligen staatskapitalistischen Ostblock sind seit 1989 Kriege aufgeflammt. Die Konkurrenz der Systeme hatte sich auf

eine normale Konkurrenz zwischen privatkapitalistischen Staaten reduziert. Die NATO sah ihre Chance, die Brocken von dem zerfallenen Kuchen der ehemaligen Supermacht Ru lands an sich zu rei en. Den ersten Krieg haben wir im Irak erlebt, den zweiten in Somalia, dann in Eritrea und im Balkan. Angola kommt auch nicht zur Ruhe.

Jetzt ist Mittelasien an der Reihe. Die Ölmultis haben sich massiv am Kaspischen Meer bei den Öl- und Erdgasvorkommen, eines der heißen Wachstumsgelände der Erdölindustrie, engagiert. Mit dabei ist Mobil Oil, Chevron, Shell, BP, Exxon, Amoco, die Russen, die Japaner, die Norweger und alles, was im Ölgeschäft Rang und Namen hat. Wer aber noch dabei ist, ist das ehemals bürokratisch staatskapitalistische Rotchina.

1997 erwarb die staatliche China National Petroleum Corp. die Mehrheit der größten kasachischen Ölgesellschaft, der Aktjubinskneft, und damit die Kontrolle über das zweitgrößte kasachische Ölfeld. Die eine Milliarde vom Fahrrad auf's Motorrad umsteigenden Chinesen sind mit ihrem Öldurst den Amerikanern zuvorgekommen. Es ist eine Pipeline nach China und eine zum iranischen Hafen am indischen Ozean geplant. China breitet sich mächtig in der Region dort aus. Hier ist ein starker Subimperialist außerhalb der Kontrolle der USA entstanden. Auch in Taiwan, Nordkorea und im sonstigen Südostasien will Rotchina ein Wörtchen mitreden. Erst jetzt wieder haben sie ihren Willen dokumentiert mit der Drohung an Taiwan, keinen eigenen, faktisch schon längst bestehenden Staat zu gründen. Chinas Bevölkerung ist schon auf eine kriegerische Eskalation eingestimmt. Bei einer Blitzzumfrage auf Pekings Straßen

bekundeten alle Angesprochenen, da man das Problem Taiwan nur mit einem sofortigen Losschlagen „lösen“ könne.

Das wird Amerika nicht lange hinnehmen. Es wird wie auf dem Balkan die Interessen der Multis unter Ausnutzung ethnischer oder nationaler Konflikte durchsetzen. Die gibt es zuhauf auf dem Balkan wie in Mittelasien. Allein in Kasachstan leben 45% Russen. Und wenn keine Konflikte bestehen, schürt man sie. Amerika weiß die Interessen der Multis zu wahren. Schon in Belgrad hat die USA dies mit der Bombardierung der chinesischen Botschaft gezeigt.

Nicht nur, da der Oberimperialist USA Angst und Schrecken verbreitet. Unter seinem Teufelsmantel kochen dann die kleinen Subimperialisten ihr dreckiges Süppchen. So wie Milosevic die Kosovaren abgemurkst hat, so werden die chinesischen Bürokraten sich nicht daran hindern lassen, über Taiwan herzufallen oder ihre Pipeline in Kasachstan zu schützen. Da auch die rotchinesische Regierung bei einem Konflikt über Leichen gehen wird, hat sie schon in Tibet oder auf dem Tiananmenplatz gezeigt.

Die Linke darf aber in Anbetracht der Verbrechen der USA nicht über die Schurkereien der kleinen Subimperialisten hinwegsehen. Das genau hatte sie leider im Balkankrieg getan, wo sie zwar richtigerweise die USA aufgefordert hatte, die Region zu verlassen - das Gemetzel Milosevics an den Kosovaren thematisierte der große Teil von ihnen nicht einmal. Wir stellen uns auch nicht auf die Seite des kleinen Räubers, auch wenn er eine Niederlage erleidet. Unsere Anklage des Hauptimperialisten darf kein Deckmantel für die kleinen Imperialisten sein.

Es gilt auch nicht, die Verbrechen des Imperialisten und des Subimperialisten gleichzustellen. Die USA schadet mit ihrer brutalen Eroberung des Weltmarktes der internationalen Arbeiterklasse, die Subimperialisten nur der regionalen. Gegen die USA muß die Weltarbeiterklasse kämpfen, gegen den Subimperialisten nur die regionale, also viel weniger Menschen, aber beide mit dem Ruf: Stop den USA, Stop dem Subimperialisten - jedesmal heißt es: der Feind steht im eigenen Land. Weil also gegen den kleineren Subimperialisten nur eine viel kleinere Arbeiterklasse kämpft als gegen den großen Imperialisten, ist das auch keine Gleichstellung. Das würde nur in China anders sein, aber waffenmäßig ist China genau wie Rußland auch ein großer Imperialist, nur wirtschaftlich nicht. Aber in Belgrad kämpft eine viel geringere Arbeiterklasse

als die weltweite gegen die USA. Also keine Gleichstellung.

Diese doppelte Kampfführung ist unerlässlich, will die Linke in ihrem Kampf gegen die USA glaubwürdig sein. Nur, wenn sie den kleineren Räuber auch verurteilt, wird sie auch gegen den Hauptverbrecher genügend Massen hinter sich bekommen.

Diese Frage wird deshalb so bedeutend, weil die nächsten Kriege des großen Imperialisten USA/NATO gegen Subimperialisten wie China oder Rußland geführt werden. Nicht zufällig ist der japanische Militärhaushalt der einzige eines G7-Landes, der seit 1990 gestiegen ist. Mit 51,7 Mrd. Dollar 1997 ist er nach dem der USA mit Abstand der größte [SIPRI-Jahrbuch 1998]. Im April 1999 wurde auch im Rahmen der Japanisch-Amerikanischen Sicherheitspartnerschaft festgelegt, daß im Krisenfall Japans zivile Infrastruktur, das Fernmelde- und Gesundheitswesen sowie Flug- und Seehäfen den US-Streitkräften zur Verfügung stehen. Mit einem größeren Konflikt wird also demnächst gerechnet. Auch »regional« erfuhr die Sicherheitspartnerschaft eine Erweiterung, da es nun nicht mehr lediglich um eine Krise im Fall eines möglichen Angriffs auf Japan geht. Künftig ist diese Kooperation

auch bei Krisen in Japans Nachbarschaft möglich«. ('Handelsblatt' vom 8.4.99)

Die USA hat wegen des Taiwan-Konflikts schon mal seine Flugzeugträger ins Chinesische Meer geschickt. Mit Süd-Korea führt es derzeit eine Militärübung mit 50.000 Soldaten durch, um mit ihnen rechtzeitig vor Ort zu sein. Aber der nationale Konflikt wird nur als Vorwand benutzt, damit die USA und die anderen NATO-Staaten ihre Profitinteressen in Kasachstan brutal durchsetzen können.

Das Öl wird also weiterhin die Welt beschäftigen. Nicht nur im Irak und anteilmäßig auf dem Balkan,² sondern auch weiterhin in Mittelasien. Wird der Imperialismus im Falle eines kriegerischen Ausbruchs des Konfliktes seine Expansionsgelüste wieder so gut hinter ethnischen Konflikten verbergen können, daß die internationalen Arbeitermassen den Raubcharakter nicht durchschauen und sich hinter den Obergangster stellen? Wird die Linke wieder den kleinen Gangster decken und sich damit unglaubwürdig machen?

Wir hoffen auf die Arbeiterklasse. Wenn sie das Spiel der Oberimperialisten durchschaut, wird sie auch die Spielchen der Linken durchschauen und sich eine wirklich revolutionäre Führung suchen.



Fußnoten:

¹ Sollte Milosevic wegen dieser Passage den Krieg geführt haben? Das würde bedeuten, daß er für seine staatskapitalistische Bürokratenmacht Zehntausende in den Tod geschickt hat und die Linke sich mit seiner Bürokratenherrlichkeit solidarisiert hat.

² Manche linken Analytiker geben sogar dem Öl die Hauptschuld am Balkankonflikt. Es gibt eine kostengünstige Pipelinealternative für das kaspische Öl von Odessa über Rumänien, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Serbien nach Triest. Nur könnte diese Pipeline für ein paar Mark mehr um Serbien herum gelegt werden, ganz abgesehen davon, daß es noch viele andere Alternativen durch die Dardanellen, direkt über Rußland nach Mitteleuropa oder über die Türkei gibt. Deshalb alleine wurde der Krieg für mehrere 100 Milliarden Dollar nicht durchgeführt. Nein, der Hauptgrund war die strategische Zurückdrängung Rußlands und die Markteroberung. Das Öl spielte allenfalls eine zusätzliche Rolle.



Nordirische Polizei greift Gewalt

Britische Politiker und die bürgerliche Presse gaben der republikanischen Bewegung und der IRA die Verantwortung für die Straßenkämpfe in Derry Mitte August. Der nordirische Sicherheitsminister Adam Ingram von der Labour Party sagte sogar: »Die Tatsache, daß die Polizei eine Benzinbomben-Fabrik entdeckt hat, zeigt ganz deutlich, daß dies ein geplanter Angriff von Gewalttätern und Extremisten war, die die Gefühle der Menschen angesichts der legalen Parade der Oranier-Lehrjungen ausgenutzt haben.«

Aber die Schuld an der Gewalt tragen die Polizei, die anti-katholischen Oranier und die Regierung. Sie hatte den Fanatikern den Marsch erlaubt. Die bewaffnete Polizei Nordirlands, RUC, die selbst zu 90 Prozent aus Protestanten besteht, griff auf brutale Weise katholische Anwohner in Derry und Belfast an. Die hatten lediglich gegen die beschämende Entscheidung der Kommission für Märsche protestiert, den oranischen „Lehrjungen“ ihre Märsche durch die katholischen Viertel von Belfast und Derry zu erlauben.

Die Märsche der „Lehrjungen“ sind keine harmlosen Umzüge, die eine Art protestantischer Kultur feiern. Es geht bei diesen Märschen darum, Haß gegen Katholiken zu entfesseln und die angebliche Überlegenheit der Protestanten darzustellen. Den Oranieren ihre Märsche zu erlauben, wäre das gleiche, als erlaubte man dem Klu-Klux-Klan, seine rassistischen Hattiraden in den Schwarzenvierteln der USA zu verbreiten. Dennoch erhielten die „Lehrjungen“ den vollen Schutz der RUC-Polizei.

Am Sonntag, dem 15.8.1999 brachen Hunderte von bewaffneten Sonderpolizeieinheiten in einen friedlichen Sit-in von 300 Leuten auf der Lower Ormeau Road ein. 1992 töteten auf dieser Straße Loyalisten, die Anhänger der britischen Besatzung, fünf Katholiken in einem Wettbüro. Beim letzten legalen



Marsch der Oranier durch die Straße 1995 riefen die Loyalisten vor dem Wettbüro »Fünf zu Null« und ahmten Maschinengewehrfeuer nach. Trotzdem schlugen die Polizisten samstags darauf mit ihren Knüppeln auf die Köpfe der Leute ein, die gegen diese Provokation protestiert haben.

In dem dreistündigen Angriff zerrte die RUC die Leute an den Haaren von der Straße und prügelte wahllos auf sie ein. Eine Frau, deren Kopf blutüberströmte, sagte: »Ich habe versucht, von der Straße wegzukommen und auf meinen Freund aufzupassen. Im nächsten Moment wurde ich von einem Bullen bewußtlos geschlagen.«

Die irischen Nachrichten berichteten von einem RUC-Polizisten in voller Demo-Montur, der einen Mann in einer nahegelegenen Kneipe zusammenschlagen hatte, der sich dort vor den Gewaltexzessen in Sicherheit bringen wollte: »RUC-Beamte begannen den Mann und die Frau mit ihren Schilden zu stoßen, einer versuchte, den Mann zu treten. Der gleiche Beamte gab dem Mann mit seinem Sturzhelm eine Kopfnuss ins Gesicht bevor er ihn festnahm und in einen Polizeiwagen zerrte.« Alex Atwood,

ein Mitglied des Regionalparlaments für die katholische reformistische Partei SDLP sagte: »Die RUC hat ein ein Maximum an Einsatzkräften benutzt, schwere Gewalt und eine aggressive Taktik.«

Mit Gewalt hat die Polizei in Derry Katholiken aus ihrem Stadtzentrum gedrängt, um den „Lehrjungen“ einen Marsch auf der Stadtmauer zu ermöglichen. Traditionell hat dieser Marsch immer dazu gedient, Loyalisten die Möglichkeit zu geben, Wurfgeschosse auf katholische Wohngebiete zu schleudern und Drohungen gegen sie zu rufen. Ein solcher Marsch der „Lehrjungen“ entzündete vor dreißig Jahren die Kämpfe, die als Schlacht um die Bogside bekannt wurden. Damals hatten Loyalisten gemeinsam mit der Polizei die katholischen Stadtviertel von Derry unter Belagerung gestellt.

Aber 1969 haben die Katholiken der Bogside zurückgeschlagen und konnten den Vormarsch der Polizei nach drei Tagen aufhalten. Vorgeblich um die angegriffenen Katholiken zu schützen, entsandte die damalige Labour-Regierung Militär nach Nordirland. Aber die Truppen spielten schließlich eine ähnliche Rolle, wie die RUC: Sie beschützten die loyalistischen Fanatiker

Katholiken an bedroht den Frieden



und schlugen die Gewehr der Katholiken nieder.

Heute versuchen unionistische Politiker und ihre Unterstützer den Friedensprozeß zu blockieren, indem sie fordern, die IRA solle ihre Waffen abgeben. Aber das Verhalten der RUC vom 15. August '99 hat gezeigt, warum viele Katholiken eine Entwaffnung ablehnen - weil die RUC (die nach wie vor überwiegend protestantisch ist) bewaffnet und von anti-katholischem Sektierertum durchsetzt bleibt.

Die Ereignisse von Mitte August zeigen, daß ein Weg zu einem wirklichen Frieden die Notwendigkeit einer Entwaffnung der RUC und einen Abzug der britischen Truppen aus den Straßen Nordirlands erfordert.

Blairs beschämende Rolle

Auch die britische Labour-Regierung Tony Blairs trägt Schuld an den Gewaltausbrüchen in Nordirland. Blair und seine New Labour haben in ihrer bisher zweijährigen Regierungszeit den Unionisten in Ulster Zugeständnisse nach Zugeständnissen gemacht. Im Juli räumte Blair dem Unionistenchef David Trimble ein Veto über den ganzen Friedensprozeß ein, indem er den Forderungen, die IRA ohne entsprechende Gegenleistung zu entwaffnen, nachgab. Das reichte den Unionisten aber noch nicht. Sie zeigten, daß sie den gesamten Friedensprozeß gefährden wollten, nur um die IRA bloßzustellen.

Indem Blair Trimble Zugeständnisse gemacht hat, hat er auch die unionistischen Hardliner gestärkt, die von Anfang an den Friedensprozeß zerschlagen wollten. Das gab den Oranier genug Selbstvertrauen, um auf ihre Märsche durch die katholischen Gebiete zu beharren.

Allerdings stellen die Oranier nur eine kleine Minderheit der Protestanten dar. Deren überwiegende Mehrheit verabscheut den antikatholischen Haß und den Fanatismus und wollen mit ihren katholischen Nachbarn in Frieden zusammenleben. Eine neuere Umfrage zeigt beispielsweise, daß etwa 80% der Protestanten wollen, daß die Oranier mit den katholischen Anwohnern Verhandlungen über die Märsche abhalten. Anstatt die Oranier an den äußersten Rand der Gesellschaft zu drängen, verlieh Tony Blair ihnen Glaubwürdigkeit und ließ sie wichtige Weichenstellungen für die Zukunft Nordirlands diktieren.

Ein hoher Preis wird gefordert

Martin McGuinness, führendes Mitglied der IRA-nahen Sinn Fein-Partei hat die Demonstranten in Derry mit den Worten kritisiert: »Ich glaube, daß die Leute im Unrecht waren, die letzte Nacht in Derry Häuser angezündet und die Menschen von Derry verletzt haben.« Allerdings wurde das Trauma in Derry nicht von den Demonstranten verursacht, sondern von den Aktionen der Oranier und der RUC.

Die IRA hatte sich neu gegründet, um den Angriffen auf katholische Wohngebiete durch Loyalisten und die RUC und nach 1969 durch die britische Armee überhaupt etwas entgegenzusetzen zu können. Die andauernde Unterdrückung, unter der die Katholiken zu leiden hatten, ermöglichte es der IRA zu wachsen und ihren Einfluß bei den jungen katholischen Arbeitern während der letzten drei Jahrzehnte zu behalten. Ereignisse, wie der „Blutige Sonntag“, an dem britische Truppen 14 unbewaffnete Zivilisten mas-



sakrierten, gaben der IRA Rekrutierungsmöglichkeiten.

Ende der 80er Jahre gestanden die Republikaner unter der Führung von Gerry Adams und Martin McGuinness ein, daß sie militärisch an einem toten Punkt im Kampf gegen die britische Armee angekommen waren. Adams und McGuinness schlugen den Weg zu einer Art Verhandlungslösung ein und suchten einen Platz in der konventionellen Politik. Als sie das taten, folgten sie einem Weg, der schon von früheren Führern der republikanischen Tradition - wie Michael Collins und James Connolly - beschritten worden war, die von der Opposition gegen das System zu seinem Management übergingen.

Sinn Fein hat gewaltige Zugeständnisse gemacht, um in die offizielle politische Arena eingelassen zu werden - einschließlich dessen, daß sie dem unmittelbaren Ziel, Irland zu vereinen, eine Absage erteilt hat. Aber die unionistischen Politiker und das britische Establishment versuchen weiterhin, der IRA einen noch höheren Preis für ihren Eintritt in die offizielle Politik abzutrotzen. Hier versuchen sie, das zu erreichen, was sie militärisch nicht geschafft haben, die totale Niederlage und völlige Demütigung der republikanischen Bewegung. Das liegt den endlosen Forderungen nach Entwaffnung und der Weigerung der Unionisten, weiter an den Friedensgesprächen teilzunehmen, zugrunde - trotz der gewaltigen Zuge-

Perspektiven für die Befreiung von Osttimor

★ FRANCIS BYRNE

Die Lage in Indonesien nach den Wahlen

Zwei Jahre nach dem dramatischen Einbruch der Wirtschaftskrise und knapp ein Jahr nach dem Sturz des Diktators Suharto hat der handverlesene Nachfolger des Diktators, Habibie, im Juni diesen Jahres freie Wahlen in Indonesien durchführen lassen.

Doch wirklich demokratische Verhältnisse werden durch die Wahl nicht hervorgebracht werden. Noch immer leben 100 Millionen Menschen in Indonesien unterhalb der Armutsgrenze. Schon jetzt hängen mehr als sechs Millionen Menschen von Lebensmittelspenden der Vereinten Nationen ab.

Die Wirtschaft ist im letzten Jahr um etwa 14% geschrumpft. Um die hohen Schulden zu bereinigen und neue Kredite vom Internationalen Währungsfonds zu bekommen, müssen die Auflagen des IWF erfüllt werden: Unter anderem wird gefordert, die staatlichen Subventionen auf existenznotwendige Produkte wie Benzin und Reis zu streichen. Die folgende Teuerung wird viele weitere Millionen Menschen in Armut und Hunger schleudern.

Die Auszählungen der Stimmen zur Wahl wurde über Monate verschleppt. Von einer unabhängigen Kommission wird die Rechtmäßigkeit des Ergebnisses in Frage gestellt.

Die Partei von Suharto und Habibie, die Golkar-Partei, ist aus den Wahlen mit nur 22% der Stimmen hervorgegangen. Stärkste Partei, mit 34%, wurde die „Indonesische Demokratische Partei des Kampfes“ unter der Führung von Megawati Sukarnopurti, der Tochter des von Suharto gestürzten ehemaligen Staatspräsidenten.

Sie schloß sich vielen Forderungen der Reformbewegung „Reformasi“ an, rief aber selbst nicht zur Teilnahme an den Massenprotesten auf. Dennoch setzte ein

großer Teil der Menschen bei der Erfüllung seiner Hoffnungen auf Veränderungen auf Sukarnopurti. Sie ist aber keine Bedrohung für die herrschenden Verhältnisse in Indonesien.

Weder stellt sie die Auflagen des IWF (Internationalen Währungsfonds) über Preiserhöhungen bei Grundlebensmitteln in Frage, noch die sehr starke Rolle des Militärs. Im Gegenteil wirbt sie, wie alle bürgerlichen Parteien in Indonesien, um die Gunst des Militärs, das eigene Konzerne und landwirtschaftliche Güter besitzt und dem von der Verfassung besondere politische Vorrechte und Mitbestimmung garantiert werden. Sukarnopurti buhlt sogar um die Gunst des führenden Hardliners des Militärs, General Wiranto, indem sie ihm eine führende Rolle in ihrer neuen Regierung angeboten hat.

Die Moslemische Partei ging als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervor.

Osttimor: Der Terror geht weiter

Osttimor wurde 1974 von der Kolonialmacht Portugal in die Unabhängigkeit entlassen. Ein Jahr später wurde das Land von Indonesien überfallen und in sein Staatsgebiet einverleibt. Seitdem gibt es Widerstand gegen die Besatzer, der sowohl friedlich als auch bewaffnet geführt wird. Seit der Besetzung übt auch der Staat massiven Terror gegen die Unabhängigkeitsbewegung, deren Sympathisanten und die Bevölkerung aus. Nach Schätzungen sind etwa 100.000 bis 200.000 Menschen seit 1975 ermordet worden; etwa ein Drittel der Bevölkerung.

Alle bürgerlichen Politiker, einschließlich Megawati Sukarnopurti haben sich gegen die Unabhängigkeit von Osttimor ausgesprochen. Im Rahmen des Drucks von der Straße auf die herrschende Klasse wurde zwar für Ende August eine Volksabstimmung in Osttimor angesetzt, die zwischen einer vollständigen Lostrennung von Indonesien und einem begrenzten Autonomiestatus innerhalb von Indonesien entscheiden soll. Doch wird die Vorbereitung zur Abstimmung von Terror und Verhaftungen begleitet.

Nach dem Sturz von Suharto mußte Habibie beweisen, daß er mit demokratischen Reformen ernst machte. Sonst hätte die Bewegung der Studenten, die zunehmend auch andere Teile der Massen erreichte, möglicherweise nicht wieder eingefangen werden können.

Aus diesem Grund stimmte Habibie einem Referendum um das umkämpfte Osttimor zu.

Habibie sprach eine Amnestie für einen Teil der Häftlinge aus, hob das Demonstrationsverbot auf und ließ 1998 398 der rund 12.000 stationierten indonesischen Soldaten abziehen. Diese Maßnahme, die sich anhört, wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, ist aber nur Augenwischerei. Tatsächlich wurden die paramilitärischen indonesientreuen Verbände noch stärker als zuvor mit Waffen ausgerüstet und werden weiter von Polizei und Militär aktiv unterstützt.

Die Politiker betonen zwar, daß sie das Ergebnis des Referendums über die Unabhängigkeit respektieren werden, sie setzen jedoch alles daran, daß die Entscheidung zugunsten des Status Quo ausfällt.

Der Vorsitzende des osttimoresischen Studentenrats, Antero Guterres da Silva, erklärte noch im letzten Jahr: »Sie wollen keine Volksabstimmung, weil sie fürchten, nach Osttimor könnten sich auch Irian Jaya, Aceh und die Molukken abtrennen wollen.« (‘Spiegel’ 32/98)

Seitdem wurde zwar durch den Druck der Straße die Abstimmung erkämpft, doch die Befürchtung der herrschenden Klasse Indonesiens bleibt: Wenn es Osttimor gelingt, sich von Indonesien loszusagen, droht eine Auflösung Indonesiens, wo auf verschiedensten Gebieten und Inseln Unabhängigkeitsbewegungen für eine Trennung kämpfen.

Aus diesen Gründen wird die

Indonesientreue Paramilitärs



Unabhängigkeitsbewegung, trotz des demokratischen Deckmäntelchens der Volksabstimmung, systematisch terrorisiert. Noch im April diesen Jahres wurde ein Massaker an 50 Katholiken in Osttimor aufgedeckt. Morde sind an der Tagesordnung.

Im Juni wurde der Chef der berüchtigten pro-indonesischen Milizen zum Polizeichef von Dill - der Hauptstadt Osttimors - ernannt, der sicher den Terror noch verschärfen wird.

Der Terror und die Einschüchterungsversuche im Vorfeld der Abstimmung wurde auch in einem Bericht von Amnesty International dokumentiert. Amnesty International wurde erstmalig offiziell erlaubt, Osttimor zu besuchen.

»Bei ihrem Besuch stellte die AI-Delegation in Osttimor eine allgemeine Atmosphäre der Einschüchterung und Verunsicherung fest. Seit dem 5. Mai 1999 sind mindestens 34 Menschen verschwunden und 50 wurden willkürlich festgenommen. Diese Menschenrechtsverletzungen sind Teil einer großen, gut organisierten Aktion, die darauf abzielt, die osttimoresische Bevölkerung dahingehend einzuschüchtern und zu bedrohen, da sie der Autonomie zustimmt - eine Kampagne, bei der die direkte Beteiligung von Regierungsbehörden, der indonesischen Armee ... und der indonesischen Polizei nachgewiesen wer-

den kann.« ('Frankfurter Rundschau' vom 6.8.99)

Der systematische Terror gegen Kämpfer und Sympathisanten der Unabhängigkeitsbewegung ist seit Jahrzehnten bekannt. Noch Mitte des letzten Jahres berichtete der 'Spiegel' über die Festnahme und die darauffolgende Behandlung eines Kämpfers der Befreiungsorganisation Fretilin:

»Die nächsten zwei Tage und Nächte waren ein Alptraum. Um Kontaktleute und Verstecke herauszufinden, prägten ihn die Soldaten mit Eisenstangen, sie jagten Strom durch seinen Körper, drückten ihm Zigaretten auf Gesicht und Brust aus und streuten ihm scharfe Gewürze auf die Genitalien. „Man mußte antworten, was sie hören wollten“, sagt Gustavo. Sonst hätten sie ihn totgeschlagen.«

Sollten die Osttimoresen sich trotz der Terrorkampagne für die Unabhängigkeit entscheiden, haben Führer der Paramilitärs aber auch Generäle der Armee ein Blutbad angekündigt.

So drohte der kommandierende Offizier der indonesischen Truppen in Osttimor ganz offen:

»Sollte die Unabhängigkeitsbewegung gewinnen, wird alles zerstört werden. Osttimor wird nicht mehr so sein, wie es jetzt noch ist. Es wird schlimmer als vor 23 Jahren werden.«

Über die Unabhängigkeitsbewegung in Irian Jaya berichtet die 'Fernost-Wirtschafts Revue', da auf dem besetzten Boden riesige Mineralvorkommen sind. Es gibt Millionen Hektar Tropenholz abzubauen. Zudem werden große Öl und Gasvorkommen in den Gewässern vermutet.

Als im Juli 1998 eine Gruppe von Dorfbewohnern die Unabhängigkeitsfahne über ihrem Dorf hielte, wurde sie von Militärs erschossen. Der Grund dafür ist klar: die herrschende Klasse kann es sich in ihrer Situation nicht leisten, auf den kleinsten Prozentpunkt ihrer Profite zu verzichten. Deshalb gibt es diesen massiven Terror gegen die Unabhängigkeitsbewegungen im Lande.

Perspektiven für die Befreiungsbewegung

Die herrschende Klasse Indonesiens befindet sich seit den Massenprotesten vom Mai 1998, die zum Sturz des Diktators Suharto führten, in einer tiefen

politischen und wirtschaftlichen Krise. Weitere brutale Einschnidungen in den Konsum der Massen sind innerhalb des kapitalistischen Systems unausweichlich, will die herrschende Klasse überleben. Alle bürgerlichen Parteien sind sich über den Angriff auf die Massen einig.

Doch dieser Angriff auf die Massen wird auf eine kampferprobte Studentenschaft stoßen, die sich in Ansätzen schon mit den Ideen des revolutionären Sozialismus beschäftigt hat.

Zudem mußte der Arbeiterklasse im Zuge der Demokratisierung Organisationsfreiheit und Gewerkschaftsfreiheit zugestanden werden. So gründeten Delegierte von Betrieben aus ganz Indonesien im Mai die sogenannte Indonesische Nationale Front für Arbeitskämpfe (FNPBI), deren Forderungen unter anderem eine 100%ige Lohnerhöhung, ein Entlassungsverbot, eine 32-Stunden-Woche ohne Lohnkürzungen und weitere politische Rechte für Arbeiterorganisationen beinhalten.

Die FNPBI forderte zudem ein Ende des staatlichen Terrors in Aceh und eine demokratische Unabhängigkeitsabstimmung in Osttimor.

Zudem führen die Arbeiter zunehmend eigene Kämpfe. So begannen im letzten Monat 8.000 Ölarbeiter in Zentralsumatra einen Streik um bessere Konditionen und Arbeitsplatzsicherung. Die Raffinerie gehört den internationalen Multis Texaco und Chevron.

Im April wurden aufgrund der IWF-Forderungen 38 Banken geschlossen. 17.000 Bankangestellte verloren ihren Arbeitsplatz. Viele von ihnen halten aber bis heute ihren Betrieb besetzt. Außerdem wurde über Nacht eine Gewerkschaft der Bankangestellten gegründet, die rapide anwächst.

Das Schicksal der indonesischen Massen und des Unabhängigkeitskampfes hängen unmittelbar miteinander zusammen. Die herrschende Klasse und die Vertreter aller bürgerlichen Parteien sind sich einig, da die Massen die Zeche für den völligen Bankrott des Systems zu zahlen haben.

Aus Angst, ihre Herrschaft zu verlieren, hat die indonesische herrschende Klasse wiederholt versucht, die Menschen gegen Minderheiten auszuspielen, um von ihrer Mißwirtschaft abzulenken. So sind Morde und Pogrome an der christlichen Minderheit an der Tagesordnung.

Nur eine Revolution unter Führung der Arbeiterklasse wird den Würgegriff des

terrorisieren Unabhängigkeitsreferendum



Vor zehn Jahren: Der Untergang der DDR Ein Grund zum Trauern?

★ KARSTEN SCHMITZ

Wer vor zehn Jahren oder mehr als revolutionärer Sozialist Politik gemacht hat, bekam öfters zu hören: „Geh’ doch nach drüben!“ „Drüben“, damit war die DDR gemeint - die Deutsche Demokratische Republik, die es seit zehn Jahren nicht mehr gibt. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Westdeutschland hat sie damals für sozialistisch gehalten. Und wenn das System dort Sozialismus gewesen sein soll, wollte auch niemand etwas mit ihm zu tun haben und schon gar nicht dafür kämpfen.

Auch die Linken haben das System der DDR für Sozialismus gehalten, haben gelehrt, da es dort Klassengegensätze gibt, und es als fortschrittlich gefeiert.

Ja, sogar die DDR selbst hat von sich behauptet, ein sozialistischer Staat zu sein, der in der Tradition von Marx und Engels stehe. Damit hat sie sich allerdings in eine Vielzahl von Widersprüchen verwickelt, wie auch all die anderen Menschen, die die DDR mit Marx’ und Engels’ Sozialismus gleichgesetzt haben.

Der Marxismus und die DDR

Obwohl die Staatsreligion der DDR offiziell „Sozialismus“ oder „Marxismus-Leninismus“ genannt wurde, war sie in Wirklichkeit stalinistisch. Zu den Aussagen, die Marx, Engels, Lenin, Trotzki und Luxemburg gemacht hatten, stand sie in krassem Widerspruch.

Die Aufhebung der Zensur war eine Forderung, für die Marx sein Leben lang immer wieder kämpfte. Schon der erste veröffentlichte Artikel, den Marx 1842 schrieb, wandte sich gegen sie und verteidigte vehement die Pressefreiheit. In einer sozialistischen Gesellschaft gibt es keine Zensur. In der DDR hingegen gab es staatliche Institutionen, die festlegten,

welche Artikel und Bücher für eine Veröffentlichung geeignet waren und welche nicht, und Schriftstellern konnte sogar Schreibverbot erteilt werden. Die ganze DDR-Gesellschaft wurde von dem gigantisch großen Spitzel-Apparat der Stasi (Staatssicherheit) beherrscht, der einen großen Teil der Bevölkerung observierte, belauschte und Akten über ihn führte.

Für Marx und Engels hatten die Arbeiter das Sagen im Sozialismus. Sie sprachen sogar von der „Diktatur des Proletariats“. In der DDR hat es aber höchstens eine Diktatur über das Proletariat gegeben. Immer wieder nahm die Ausbeutung der Arbeiter zu. Forderten sie wirklich freie Gewerkschaften, die nicht der Kontrolle des Staates unterstanden, bekamen sie Gefängnisstrafen oder wurden ins Irrenhaus gesperrt. Als sie 1953 versucht haben, ihre Forderungen an den Staat, nicht auf ihre Kosten die Produktivität zu erhöhen, mit Protestdemonstrationen und Streiks durchzusetzen, wurden Panzer gegen sie eingesetzt.

Marx und Engels bezeichneten den Sozialismus als Übergang vom Reich der Notwendigkeit zum Reich der Freiheit. In der DDR hatten die Menschen noch nicht einmal die Freiheit, „ihren“ Staat verlassen zu dürfen, wenn sie es wollten. Die herrschende Klasse hatte ihr Land 1961 mit einer Mauer zum Westen abgegrenzt. Wer sie überwinden wollte, konnte völlig legal von Grenzsoldaten abgeknallt werden.

Marx und Engels sagten, im Sozialismus werde der Staat absterben, in der DDR wurde er immer weiter ausgebaut, um seine Kontrolle über die Menschen in ihm sicherzustellen.

Der DDR-Staat

Die DDR war also überhaupt kein sozialistischer Staat. Aber als die DDR 1989 in einem relativ friedlichen Aufstand gestürzt wurde, kam deshalb noch lange nicht die Wahrheit ans Licht. Nun wurde einfach behauptet, der Sozialismus sei gescheitert und sei ja auch immer schon zum Scheitern verurteilt gewesen.

Kaum jemand hat sich die Mühe gemacht, sich mit den ganzen Widersprüchen auseinanderzusetzen. Wozu auch? Die herrschende Klasse der DDR hatte bis zu ihrem Sturz eine feine Rechtfertigung für ihr Handeln - schließlich kämpfte sie ja für den Sozialismus, da müsse sie auch schon mal zu der einen oder anderen unbequemen Maßnahme greifen. Und die herrschende Klasse im Westen konnte Forderungen nach einer sozialistischen Gesellschaft immer wieder damit begegnen, da sie auf die DDR zeigte und sagte: »Seht ihn Euch an, Euren Sozialismus. Dafür wollt Ihr kämpfen?«

In Wirklichkeit war die DDR, wie alle anderen Länder auch, ein völlig gewöhnlicher, kapitalistischer Staat. Die Härte seiner Unterdrückung lag der besonderen Art und Weise zugrunde, auf die die Arbeiter in ihm ausgebeutet wurden. Diese Form Kapitalismus nennen wir Staatskapitalismus, weil es die Staatsoberen waren, die die Produktionsmittel (die Fabriken, Maschinen usw.) kontrollierten.

Und schon die Entstehung der DDR und ihre offizielle Gründung am 7. Oktober 1949 zeigt, da sie auch gar kein Arbeiterstaat gewesen sein konnte. Denn der Staat ging nicht aus einem siegreichen Aufstand der Arbeiter hervor, sondern aus der Zerschlagung ihrer Organisationen.



1979 feierte die DDR noch mit großem militärischen Brimborium ihr 40-jähriges Jubiläum. Zehn Jahre später war sie pleite

Von der Besatzungszone zum Staat

Als das Ende des Zweiten Weltkrieges genah hat und die Alliierten Streitkräfte 1945 immer weiter nach Deutschland hinein vorgerückt sind, haben die oberen Verwaltungsbeamte der Nazis und mit ihnen die Unternehmer die Flucht ergriffen. Buchstäblich führungslos und unorganisiert haben Fabriken und ganze Städte dagelegen. Um auch nur die grundlegendste Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Unterkünften, Elektrizität und Gas zu gewährleisten, Straßen und Infrastruktur wieder instanzzusetzen usw., bildeten sich - meist auf Betriebsebene - von unten her neue Verwaltungsorganisationen, die sich in Antifaschistischen Komitees organisierten und Kommunisten und Sozialdemokraten zu ihren Leitern gewählt hatten. Für diese Zeit kann man also davon sprechen, da die Gesellschaft - wenn auch nur auf regionaler Ebene - von Arbeitern kontrolliert wurde.

Man sollte meinen, da doch gerade die Generäle der Roten Armee, die sich doch offiziell der „Diktatur des Proletariats“ verschrieben hatten, sich über diese Basisorganisationen hätten freuen müssen. Das war allerdings nicht der Fall. Parallel zum Aufbau der sowjetischen Militärverwaltung in der Besatzungszone Ostdeutschland wurde aus Moskau der künftige DDR-Staatschef, Walter Ulbricht, mit einem Mitarbeiterstab eingeflogen, um sämtliche Basisorganisationen und insbesondere die Antifakomitees zu zerschlagen. Einer seiner damaligen Mitarbeiter schrieb:

»Während der Kampagne gegen die Antifaschistischen Komitees wurde von Ulbricht mal das eine mal das andere Argument verwendet. Unverändert blieb eines: die Härte und Entschlossenheit in seiner Direktive, die Antifaschistischen Komitees aufzulösen und alle ähnlichen Neugründungen im Keime zu ersticken.«¹

Einhergehend mit der Vernichtung sämtlicher Initiativen von unten arbeitete die „Gruppe Ulbricht“ daran, den Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) eine Staatsstruktur aufzupropfen, in der Arbeiter von Entscheidungen ausgeschlossen waren.

Als die Teilung Deutschlands noch nicht beschlossene Sache war, passte die Moskauer Bürokratie die Staatsstrukturen in Ostdeutschland noch nicht denen Russlands an. Das Kapital war noch nicht verstaatlicht. In einem KPD-Gründungsaufruf, den Ulbricht aus Moskau mitgebracht hatte, hieß es sogar in einer Forderung: »Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.«² Je mehr sich aber der Ost-West-Konflikt zwischen USA, Britannien und Frankreich auf der einen und der UdSSR auf der anderen Seite verschärfte, desto mehr machte Moskau sich daran, Ostdeutschland zu seinem Satelliten auszubauen.

Bestärkt wurde dieses Vorhaben auch noch durch ein anderes Ereignis. In allen Ostblockländern hatte die russische Bürokratie unmittelbar nach Kriegsende durch die Rote Armee stalinistische

Staatsapparate errichten lassen, die mit dem in Moskau identisch waren, und beutete den jeweiligen Satelliten aus, indem Reparationszahlungen von ihm eingetrieben, industrielle Anlagen demontiert und die Staaten gezwungen wurden, ihre Rohstoffe unterhalb der Preise auf dem Weltmarkt an die UdSSR zu verkaufen. Diese Ausbeutung veranlaßte den Führer Jugoslawiens, Tito, im Juni 1948 dazu, das „Bündnis“ zwischen seinem Staat und dem der UdSSR aufzukündigen und auch mit den westlichen Mächten Handel zu treiben.

Dies nahm die stalinistische Bürokratie in Russland zum Anlaß, die DDR endgültig und allumfassend zu einer totalitären stalinistischen Diktatur auszubauen - und zwar genau nach dem Vorbild des russischen Staates. Der war Ende der 20er Jahre unter Stalin zum Machtinstrument einer neuen Art Kapitalisten geworden: der Bürokratie, die die Produktionsmittel des Landes als Kollektiv besaß und die Arbeiter ausbeutete und über sie herrschte. Der Rüstungswettlauf mit dem Westen zwang die stalinistische Bürokratie dazu, sich auch im Ostblock dem Wertgesetz unterzuordnen und so eine kapitalistische Wirtschaft zu führen, deren Triebfeder die Konkurrenz in der Waffenentwicklung war - der sogenannte Rüstungswettlauf.³ Schon damals sind die Kommunistischen Parteien auf der gesamten Welt einem Säuberungsprozeß unterzogen worden, und die KPD ist auf diese Art schon vor 1933 zu einem Vollzugsorgan der russischen Bürokratie und derer Interessen verkommen, weshalb sich die Moskauer Strategen auch völlig auf die alten „kommunistischen“



Juni 1953: Arbeiteraufstand gegen den Staatskapitalismus

Führer aus Deutschland verlassen konnten.

Moskau und die DDR

Doch vom Anfang bis zu ihrem Ende sollte die DDR bloßer Befehlsempfänger des Moskauer Imperialismus bleiben. Als Ostdeutschland noch sowjetische Besatzungszone war, war sie dem Kommando und der Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) unterstellt. Die Gründung der DDR fand nicht aus Eigeninitiative ostdeutscher Politiker oder etwa durch einen Volksentscheid statt; im September 1949 wurden die führenden Mitglieder des Politbüros der SED (Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Oelner) nach Moskau beordert, um dort zwei Wochen lang von der stalinistischen Bürokratie instruiert zu werden, wie sie die offizielle Staatsgründung vornehmen sollten.

Bis hierhin lief alles so ähnlich ab, wie auch in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Während die Alliierten dort aber nun die Herrschaft dem westdeutschen Kapital zurückgaben, wurde die SMAD in Ostdeutschland durch die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) abgelöst, an deren Stelle im Mai 1953 eine sowjetische „Hohe Kommission“ trat - obwohl die UdSSR der DDR bereits am 25. März 1954 in einer offizi-

ellen Erklärung volle Souveränität zugestanden hatte. Diese „Selbstbestimmung“ existierte somit nur auf dem Papier. Alle militärpolitischen und wirtschaftlichen Entscheidungen unterlagen auch weiterhin einer direkten Einflusnahme von Moskau. Das untermauerten auch nach der Auflösung der „Hohen Kommission“ 1955 wieder die Sonderrechte, die sich Moskau im Truppenvertrag zwischen UdSSR und DDR von 1957 vorbehielt.

Verstaatlichung und Planwirtschaft

Da sich die DDR den Weisungen der russischen Bürokratie fügte, war extrem wichtig für das staatskapitalistische System, das im Ostblock herrschte. Es handelte sich um eine Kommandowirtschaft, dessen Zentrale Moskau war. Und aus genau diesem Grunde musste sich auch das System der DDR dem des restlichen Ostblocks anpassen.

Von 1949 an wurde das ostdeutsche Kapital verstaatlicht. Bis 1952 waren fast 80% der Betriebe im Besitz des Staates. Das hieß nun nicht, da die Arbeiter es kontrollierten. Nach wie vor hatte die stalinistische Bürokratie in Moskau die Verfügungsgewalt, die sie nach und nach an die Nomenklatura übergab, die sie in der DDR aufbaute. Sie bildete die Klasse der Kapitalisten in der DDR, die nur sehr begrenzt die eigenverantwortliche Herrschaft über

ihre Arbeiter wahrnahm; sie war nur ein Teil einer Ostblock-Bürokratie, die die Vorgaben aus der Moskauer Zentrale erfüllen musste.

Am 1. Januar 1951 verabschiedete die SED dann den ersten Fünf-Jahres-Plan, der Beginn der staatlichen Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild. Aufgebaut werden sollten vor allem die Schwerindustrie und diejenigen Industriezweige, an denen die Sowjets interessiert waren. Hier handelte es sich in erster Linie um die für die Waffenproduktion wichtigen Bereiche. Die ganze Produktion war dem Ziel unterworfen, im Rüstungswettlauf mit dem Westen mindestens Schritt halten zu können. Folge dieser Wirtschaftsziele war, da es der Bevölkerung an Gebrauchsgütern mangelte, weil die Produktion im Konsumbereich völlig vernachlässigt werden musste. Im Juli 1952 kam es dann zu weiteren Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung. Grund: Die zweite SED-Parteikonferenz legte noch mehr Gewicht auf die Förderung der Schwerindustrie.

Diese Verstaatlichung der Wirtschaft und dieser Plan waren der Grund dafür, warum der größte Teil der Linken die DDR als sozialistisches System feierte. Aber Verstaatlichung und Plan sind noch lange kein Sozialismus. Die Parteibonzen der KPD und die Führer der SED, die das behauptet haben, haben gelogen. Sie alle, die doch angeblich immer wieder die Klassiker des Kommunismus gelesen haben, hätten bloß das „Kommunistische Manifest“ aufschlagen müssen, um ihren „Irrtum“ zu bemerken. Dort steht, dass »der erste Schritt« auf dem Weg zum Sozialismus bzw. »in der Arbeiterrevolution« nicht die Verstaatlichung, sondern

»die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren...«⁴

D.h., Verstaatlichung ist dann eine sozialistische Maßnahme, wenn sie von einem Staat durchgeführt wird, der »das als herrschende Klasse organisierte

Proletariat« bildet. Der DDR-Staat aber war das als herrschende Klasse organisierte Kapital in Form der oberen Bürokratie. Das, was Marx und Engels als »ersten Schritt« bezeichnet haben, den Sturz der herrschenden Klasse und den Aufbau der Arbeiterdemokratie, hatten die Proletarier in der DDR nicht hinter sich, sondern noch vor sich.

Dasselbe gilt für den Plan. Er war kein Plan, der dazu diente, die Bedürfnisse der Menschen nach bestimmten Gütern bestmöglich zu befriedigen. Und dem Interesse der Arbeiter war er genau entgegengesetzt. Er diente dazu, das Kapital im Ostblock zu bündeln und in den Dienst des Rüstungswettlaufes zu treten. Der Plan war also kein Mittel, um die Konkurrenz und damit den Kapitalismus auszuhebeln. Gerade der Plan war es, der dafür sorgte, daß beides aufrecht erhalten wurde.

Und die Arbeiter hatten sehr darunter zu leiden, da die zu erfüllende Norm ständig weiter erhöht wurde. Im Gegensatz zu den „linken“ Parteibonzen war ihnen schnell klar, daß sie mit diesem Plan nur ausgebeutet wurden. Im Juni 1953 setzten sich dann auch Ostberliner Bauarbeiter gegen das Vorhaben zur Wehr, die Produktivität auf ihre Kosten zu erhöhen. Am 16. Juni machten 60 Arbeiter, die auf einem Krankenhausgelände beschäftigt waren, eine Protestdemonstration; am nächsten Tag folgte ein Generalstreik in ganz Ostberlin, der sich etwa auf 70 Orte in der DDR, darunter viele große Städte, ausdehnte. An einigen Orten nahm der Streik die Ausmaße eines Aufstandes an. In Jena z.B. stürmten Arbeiter das Polizeigebäude. Zur Unterdrückung des Streiks wurden sowjetische Truppen mit Panzern eingesetzt. Die direkten Auseinandersetzungen werden auf 50 Tote geschätzt und haben Hunderte von Verletzten hinterlassen. Mindestens 20 standrechtliche Erschießungen fanden direkt statt.

Nachdem die „Ordnung“ wiederhergestellt war, folgten 1.526 Verurteilungen, zwei davon zum Tode. Unzählige Menschen mußten lange Haftstrafen verbüßen. 40 russische Soldaten, die sich geweigert hatten, auf deutsche Arbeiter zu schießen, wurden in den Gewehrsalven ihrer Kameraden getötet.

Nun war die Führung der DDR gezwungen ein wenig einzulenken, wollte sie eine Wiederholung der Ereignisse verhindern. Zur Verbesserung der Stimmung

innerhalb der Arbeiter wurden die Stromsperrungen für Haushalte am 1. Juli 1953 abgeschafft. Wegen des Energiemangels ging das zu Lasten der Industrie. Sie mußte während der Spitzenzeiten (sieben Stunden pro Tag) ihren Stromverbrauch um 30% einschränken. Das beweist erneut, daß die Produktion in der DDR im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Menschen stand. Im Sozialismus hingegen steht beides im Einklang miteinander.

Nun hat die Ökonomie auch direkte Konsequenzen für das politische System. Im Staatskapitalismus heißt das, daß es in der DDR, genau wie im Rest des Ostblocks, in China und auf Kuba, keine freien Wahlen geben konnte. Sobald die Produktionsmittel dem Staat gehören, kann kein kapitalistisches System es dulden, daß die arbeitende Bevölkerung, die von ihm ausgebeutet wird, selber seine Führer, d.h. in diesem Fall seine Ausbeuter, wählt. Ein demokratischer Staatskapitalismus ist deshalb ein Widerspruch in sich. Nur wenn, wie im Privatkapitalismus, Abgeordnete gewählt werden, die ihren Wählern schon verfassungsrechtlich überhaupt keine Verantwortung schuldig sind, die in wirtschaftliche Bereiche fast gar nicht und in viele andere Bereiche nur sehr begrenzt eingreifen können, kann sich die herrschende Klasse allgemeine und freie Wahlen leisten - nämlich dann, wenn sie nichts bewirken.

In der DDR hingegen kam es schnell zur Einparteien-Diktatur.

Die Einparteien-Herrschaft

Dort schrieb die Verfassung vor, daß das Parlament, die „Volkskammer“, das höchste Organ der Republik ist. Dem Schein nach wurde es gewählt. Aber seit dem 15. Oktober 1950 durften die Stimmen nicht mehr geheim, sondern mußten offen abgegeben werden. Außerdem standen bei diesen ersten Volkskammer-Wahlen keine Parteien zur Wahl. Es ging nur um die Bestätigung von Personen auf einer Einheitsliste der „Nationalen Front“.

Die offizielle Wahlbeteiligung lag bei 98%, und von den gültigen Stimmen entfielen 98,7% auf die Liste. Nach der „Wende“ 1989 konnte aus Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) belegt werden, daß die Zahlen das Ergebnis massiver Fälschungen waren.

Von den in der Volkskammer zur Verfügung stehenden 400 Sitzen nah-

men die SED sowie die Abgeordneten der Massenorganisationen (FDGB, FDJ usw.),⁵ die ebenfalls SED-Mitglieder waren, 220 Sitze ein - also die absolute Mehrheit. Die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) war aus der in Moskau vorbereiteten Vereinigung von KPD und SPD entstanden, die zuvor die proletarischen Parteien im sogenannten „Antifaschistischen Block“ gebildet hatten.

Ihnen gegenüber stand das bürgerliche Lager des „Antifaschistischen Blocks“. In ihm gab es noch die CDU (Christdemokraten), die LDPD (Liberale), die DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands) und die NDPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands). Aber das - nur scheinbar existierende - Mehrparteiensystem diente bloß der Verschleierung der Einparteienherrschaft der SED und der Vortäuschung einer pluralistischen Demokratie, dem Kontakt zu Politikern, Parteien und Interessengruppen in den Westen und als verlängerter Arm, mit der die Bürokratie Schichten erreichen wollte, die von der SED nicht angesprochen werden konnten - so sollte jede mögliche Opposition schon von Anfang an in organisierte Bahnen gelenkt und ausgebremst werden. In den Blockparteien wurden immer mehr nur noch der SED-Führung genehme Politiker geduldet; andere wurden eingeschüchtert oder direkt verhaftet. Da sie nur Erfüllungsgehilfen der SED-Herrschaft waren, wurden sie von den Arbeitern spöttisch als „Blockflöten“ bezeichnet.

Im staatskapitalistischen System der DDR mußte sogar die innerparteiliche Demokratie der SED ausgeschaltet werden. Und weil sie völlig zentralistisch von oben nach unten organisiert war, wurde sie von ihren Führern auch als „Partei neuen Typs“ bezeichnet. Um die angestrebte monolithische Einheit der Partei aufrechterhalten zu können, waren Parteisäuberungen nötig, die parallel zu den Schauprozessen in anderen Ostblock-Ländern verliefen. Allein während der Parteiüberprüfung von 1950/51 wurden ca. 150.000 Mitglieder aus der SED ausgeschlossen. Nun lag also die gesamte gesellschaftliche wie politische Entscheidungsgewalt allein bei einer Handvoll Spitzenfunktionären der SED. Sie lenkten den Staatsapparat, die Wirtschaft und die Massenorganisationen - zumindest, solange sie die Vor-



gaben aus Moskau erfüllten.

Die Justiz in der DDR wurde zur direkten Verfolgung politischer Gegner benutzt. Im Artikel 6 der DDR-Verfassung wurde unter anderem auch »Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen« als »Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches« definiert. Durch die entsprechende Auslegung gelang es der SED aufgrund dieses Artikels alle Gegner und jede Form von Opposition strafrechtlich verfolgen zu lassen.

Am 8. Februar 1950 gründete die SED das Ministerium für Staatssicherheit. Sein Chef war Wilhelm Zaisser, Erich Mielke war als sein Stellvertreter von Anfang an dabei. Er wurde zum ersten Mann, als Zaisser infolge des Arbeiteraufstandes von 1953 seinen Hut nehmen mußte und sein Nachfolger Wollweber 1957 aufgrund von Intrigen aus dem SED-Zentralkomitee ausgeschlossen wird. Die Stasi diente der allgegenwärtigen Einschüchterung. Ihre Methoden bestanden aus willkürlichen Verhaftungen und Geständniserrpressungen - vom Schüler, Arbeiter, bis hin zum Manager und Minister. Im September 1951 wurden mit der „Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten“ und dem „Amt für Literatur- und Verlagswesen“ die Zensurbehörden installiert, die Kunst und Kultur systematisch überwachten.

Die DDR war nicht umsonst als Überwachungsstaat par excellence verschrien. Die für die Telefonkontrolle der DDR zuständige Stasi-Abteilung 26 hörte 580.000 Telefongespräche allein im Jahr 1985 ab, von denen 72.000 schriftlich in die Akten wanderten. Auf

Kreuzfahrtschiffen wurde die Veranzung aller Kabinen geplant; wurden neue Hotels gebaut, veranlaßten auch Abhörspezialisten bauliche Maßnahmen, um die Raumüberwachung von Gästezimmern zu gewährleisten. Kürzlich aufgestöberte Akten belegen sogar, daß die Stasi, »um den Einbau der Lauschtechnik republikweit zu ermöglichen, ... per Kampfauftrag an[ordnete], daß sie bis 1989 in der Lage sein müsse, »alle in der DDR befindlichen Türschlösser konspirativ zu öffnen. Die DDR ging unter, ohne daß dieses Ziel ganz erreicht worden wäre.«⁶

Auch solche Maßnahmen verlangten ein staatskapitalistisches System, weil es überhaupt keine Opposition tolerieren kann, die Gefahr liefe, zu einer ständigen Institution zu werden. Der Grund liegt wieder darin, daß Wirtschaft und Politik untrennbar zusammenfallen und mit einem politischen Wechsel auch die Ausbeuter wechseln würden, was diese natürlich nach Kräften zu verhindern suchten.

Ost und West: „Errungenschaften“ und „Defizite“

Trotzdem beharren viele Linke noch immer darauf: Die DDR sei etwas völlig anderes als der Westen gewesen, weil es in ihr „sozialistische Errungenschaften“ gegeben habe. Meistens wird hier das Mutter-Kind-Gesetz angeführt, das zum Aufbau der Betriebskindergärten geführt hat. Nur war diese Maßnahme keine sozialistische Errungenschaft, sondern eine kapitalistische Notwendigkeit. Denn in der DDR herrschte chronischer Arbeitskräftemangel, da die Beherrschung der Wirtschaft durch die Bürokratie kaum innovativ war⁷ und eine Produktionssteigerung so nicht mit neuen Technologien erreicht werden konnte, sondern vor allem mit der Rekrutierung neuer Arbeiterschichten durchgesetzt werden mußte. So beschloß die Bürokratie, die Frauenarbeit in großem Stil einzuführen. Bereits 1950 waren 40% der DDR-Frauen berufstätig - und das, obwohl nur fünf Prozent eine Ausbildung hatten; die Erforderlichkeit zusätzlicher Arbeitskräfte war so dringend, daß dafür keine Zeit mehr war. Acht Jahre später arbeiteten 70% aller Frauen, über die Hälfte aller

Vorschulkinder war im Kindergarten und ein Viertel der Unterstufenschüler ging in den Hort.

Weitere Gründe für die vermeintliche Fortschrittlichkeit der DDR sahen die Linken in den relativ niedrigen Mietpreisen und Nahrungsmitteln (wofür dann allerdings Waren wie Fernseher und Autos extrem teuer waren) oder darin, daß jeder eine Wohnung hatte. Aber diese Debatten sind keine Debatten über die Vorzüge des staatskapitalistischen Systems. Das konnte nämlich von Land zu Land höchst unterschiedlich aussehen. In Rußland wurde das Wohnungsproblem so gelöst, daß sich in Moskau bis zu fünf Familien eine Einfamilien-Wohnung teilen mußten. Dafür war die Wochenarbeitszeit der DDR-Arbeiter mit 43,7 Stunden wiederum höher als in Rußland oder Ungarn.

Folgt man der Logik eines solchen Ost-West-Vergleichs, könnte man genauso gut hingehen und sagen, in Frankreich müsse der deutsche Kapitalismus eingeführt werden, damit es dort auch Einheitsgewerkschaften gibt, in Britannien der dänische, damit man dort auch Schwarzbrot kaufen kann, in Schweden der US-amerikanische, weil dann der Alkohol billiger wird, und zu guter letzt natürlich: in der DDR der bundesdeutsche, damit man auch dort Bananen kaufen kann - Südfrüchte waren dort nämlich absolute Mangelware.

Über diese ganze dummdreiste Vergleicherei vergißt man schnell das Problem um das es eigentlich geht. In keinem Land dieser Welt geht es mehr darum, ob das kapitalistische System noch die Bedürfnisse der Menschen befriedigen kann oder nicht. Überall geht es darum, daß die Menschen Einschnitte hinnehmen, um die Erfordernisse des kapitalistischen Systems zu befriedigen. Mit anderen Worten, die Menschen sollen sich einem System anpassen, daß ihnen überhaupt nicht mehr gerecht werden kann, nur damit eine Handvoll Kapitalisten seine Privilegien nicht verliert und munter weiter seine Profite einfahren kann. Mittlerweile haben Konkurrenz und Profitgier solche Ausmaße angenommen, daß sie mit der umweltverschmutzenden Produktion sogar die Zukunft unseres Planeten bedroht. Angesichts dessen ist es blanker Hohn, darüber zu sprechen, ob es

hier eine Wohnung mehr oder dort einen Arbeitslosen weniger gegeben hat. Das ganze System ist zum Scheitern verurteilt. Wir brauchen endlich die klassenlose Gesellschaft!

Der Untergang der DDR

Im Laufe der Zeit hat der Kapitalismus auf der ganzen Welt immer wieder seine Form verändert. Mal setzte er auf einen großen Anteil an verstaatlichten Produktionsmitteln (wie z.B. in der Phase der ursprünglichen Akkumulation oder in faschistischen Regimen), mal sah er die Privatisierung aller seiner Bereiche als sein Heil an (sämtliche Phasen des Liberalismus, Neoliberalismus usw.). Da aber der Staatskapitalismus nicht mit einem solchen Umbau auf Veränderungen auf dem Weltmarkt reagieren konnte, ohne sich als System zu vernichten, geriet er schnell ins Hintertreffen und erwies sich dem Privatkapitalismus als unterlegen.

Das begriff auch die Bürokratie. In Rußland war es Gorbatschow, der Ende der 80er Jahre den Umbruch zum Privatkapitalismus einleitete, in China geschah das - wenn auch viel langsamer - schon in der Zeit nach der „Kulturrevolution“. In Ostdeutschland sperrte sich die Bürokratie gegen diese Veränderung; viel zu groß war ihre Angst, bei dem Projekt auf der Strecke zu bleiben und die Privilegien zu verlieren.

Dafür setzten sich aber die Massen in Bewegung, denn sie bekamen mit, daß die herrschende Klasse der DDR keine Alternative mehr zu bieten hatte, wo doch schon die UdSSR mit Glasnost Vorbereitungen traf, das sinkende Schiff zu verlassen - und natürlich macht sich Nervosität breit, wenn der Kapitän auf hoher See entscheidet, von Bord zu gehen.

Als die Massen auf den Plan traten, handelte es sich natürlich nicht nur um die große Mehrheit der Arbeiter. In der DDR gab es auch eine breite Mittelschicht aus Kleinbürgern, die sich zwar in einer gehobenen und privilegierten, nicht aber in einer führenden Position befanden: Pfarrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Techniker, Leistungssportler, Ingenieure, Professoren und Künstler. Der Teil von ihnen, den man für gewöhnlich als „die Intelligenz“ bezeichnet, übernahm im September 1989 mit der Gründung des „Neuen Forums“ die Führung der Bewegung. In dieser Organisation bezeichnete sich in

einer Umfrage nur ein Achtel der Mitglieder als Arbeiter.⁸

Da es der Arbeiterklasse in der DDR nicht gelungen war, eigene Organisationen zu entwickeln, in denen sich eine Führung hätte herausbilden können, war sie mehr oder weniger gezwungen, sich der Führung der Kleinbürger anzuschließen. Anders als viele Arbeiter waren die Kleinbürger aber nicht am Sturz des Systems interessiert - schließlich wollten sie ihre Privilegien nicht gefährden -, sondern wollten die herrschende Klasse durch begrenzten Druck zu Reformen zwingen. Rolf Henrich vom Neuen Forum sagte: »Jetzt nur nicht den Verwalter der ganzen Pleite machen! Die sollen ihre Suppe selbst auflöffeln.« Und Jens Reich sagte über das Neue Forum, von dem er ein Gründungsmitglied war: »Unsere Bürgerbewegungen haben Kontrollaufgaben. Nicht jeder von uns wird regieren wollen, aber jeder muß aufpassen, daß nichts unter den Teppich kommt.«⁹

Es kam dazu, daß die kleinbürgerliche Opposition sich mit der SED-Spitze aussöhnte. Im Dezember 1989 kam es zur Bildung des „Runden Tisches“, wo sich Bürgerrechtsgruppen mit Vertretern der herrschenden Klasse zusammensetzten. Nun stellte der Runde Tisch sich zwischen die alte, angeschlagene Macht und die sich radikalierenden Arbeiter. Auf Betreiben des Neuen Forums ebten die zahlreichen Streiks ab, und die gewaltigen Demonstrationen verkamen zu Schweigemärschen, auf denen das Rufen von Parolen unterlassen werden sollte.

Beim Sturm auf die Stasi-Zentralen riefen die Bürgerrechts-Bewegungen zur Gewaltlosigkeit auf, bildeten Menschenketten, um die Sitze der Staatssicherheit und schützten die Spitzel- und Unterdrückungsorganisation vor der Zerschlagung durch die Massen. Die Chance der Arbeiter, ihre soziale Lage zu verbessern, blieb nur noch die Wiedervereinigung.

Diese Wiedervereinigungs-Bewegung der Arbeitermassen allerdings verurteilte die SED/PDS als Teil einer faschistischen Verschwörung und fing an, zusammen mit den Bürgerrechtlern zu antifaschistischen Demonstrationen aufzurufen, zu denen es im Januar 1990 kam. Das ganze Manöver diente lediglich dazu, den angeschlagenen Gewaltapparat der Stasi vor der Auflösung zu retten. Angeblich wurde ein Sicherheitsdienst

benötigt, der in der Lage war, die Nazis zu bekämpfen.

Diese Kampagne diskreditierte den Antifaschismus in den Augen vieler junger Arbeiter und hat sie in die Arme nationalsozialistischer Organisationen getrieben, deren Spielraum sich in der Endphase der DDR auf diese Weise enorm vergrößert hat. Die Verlogenheit der stalinistischen Machthaber war offensichtlich, denn 1988 waren in Berlin noch Naziübergriffe auf Linke von Polizei und Stasi wohlwollend toleriert worden. Und im November ging die SED selbst Benzin ins Feuer des Rassismus, als sie behauptete, „kaufwütige Polen“ seien Schuld an den Versorgungsengpässen. Als das Manöver der PDS/SED durchschaut wurde, entbrannte die Wut der Massen gleich doppelt so stark. Am 15. Januar kam es zur Erstürmung des zentralen Stasi-Gebäudes in der Normannenstraße in Berlin.

So blieb den stalinistischen Bonzen nichts anderes übrig, als dem Druck auf Wiedervereinigung nachzugeben. Mit Hilfe der Bürgerrechts-Bewegung gelang es der oberen Bürokratie, den Termin so lange hinauszuschieben (auf den 3. Oktober 1990), daß der größtmögliche Teil von ihr viele seiner Privilegien in die BRD hinüberretten konnte.

Da der Aufstand und die Unruhen von 1989/90 nicht mehr angerichtet haben, als einen privatkapitalistischen Staat aus einem stalinistischen Staat zu machen, sollte uns Linken zu denken geben, denn das ist zu großen Teilen unsere Schuld. Unsere Aufgabe wäre es gewesen, den Arbeitern eine revolutionäre Führung und Organisation zur Verfügung zu stellen. Da die DDR mit samt ihrer Nomenklatura, ihrem Stasi-Apparat und ihrer rigiden Unterdrückung der Arbeiterklasse untergegangen ist, ist aber kein Grund zur Trauer, sondern einer zur Freude. Vielleicht trägt das dazu bei, daß die Ideen, die wirklich den Namen Sozialismus verdient haben, eine Chance bekommen, wieder verbreitet zu werden.

Fußnoten:

1. Wolfgang Leonhard: „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ (1955), Köln 1990, S. 471
2. Ebd., S. 485
3. Siehe Mark Maes: „Warum der Osten nicht ‚rot‘ war und der Sozialismus nicht gescheitert ist“, in diesem ‚Klassenkampf‘.
4. Karl Marx, Friedrich Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, Werke, Bd. 4, S. 481
5. Der sogenannte „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ und die „Freie Deutsche Jugend“. Beides waren keine unabhängigen

Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands: Eine vermeidbare Tragödie?

★ RUTH KRUGER

Mehrere US-Präsidenten ließen es sich während des Kalten Krieges nicht nehmen, vor der Mauer oder dem „Eisernen Vorhang“ zu posieren, der Ost- und Westdeutschland trennte, und so publikumswirksame Phrasen zu dreschen, wie 1963 Kennedys »Ick bin ein Berliner« oder Ende der 80er Reagans »Mister Gorbatschow, tear this wall down«. Solche Medienauftritte erweckten immer wieder den Eindruck, als sei die Teilung von Deutschland allein das Werk des Moskauer Imperialismus gewesen. Aber der westliche Imperialismus hatte einen genauso großen Anteil an der Tragödie, die er immer wieder heraufbeschwor, um seinen Rivalen als unmenschlich und hartherzig vorzuführen.

1945: Die Ausgangslage

Für die vier Siegermächte, die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen, war nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa nichts weiter als ein Stück Kriegsbeute, das es aufzuteilen galt. Und genauso wenig wie ein Rudel hungriger Wölfe darauf achtet, da seine Beute, die es gerissen hat, an einem Stück bleibt, genauso wenig beachteten die Alliierten irgendwelche nationalen Grenzen. Sie teilten Europa untereinander auf - und jeder versuchte soviel zu ergattern, wie es seine Stärke erlaubte. Es kam zu einem relativ friedlichem Einvernehmen zwischen den „Wölfen“, was die Memoiren von Winston Churchill beweisen, der als Premierminister Britanniens schon 1944 versuchte, sich mit Stalin zu einigen - die Beute wurde also schon aufgeteilt,

ehe sie erlegt war:

»Ich [Churchill, RK] schrieb auf ein halbes Blatt Papier: Rumänien: Ru land 90% - die anderen 10%, Griechenland: Großbritannien (in Abstimmung mit den USA) 90% - Ru land 10%, Jugoslawien 50-50%, Ungarn: 50-50%, Bulgarien: Ru land 75% - die anderen 25%. Ich schob es zu Stalin hin über, der bis dahin der Übersetzung einer Rede zugehört hatte. Es entstand eine kleine Pause. Dann nahm er seinen blauen Federhalter, machte einen großen Haken darunter und reichte es mir zurück. Die ganze Angelegenheit dauerte nicht länger, als man braucht, um sie aufzuschreiben.«¹

Die Bedeutung dieses Vorgangs liegt nicht darin, da das genau die „Einflusphären“ waren, auf die man sich bei Kriegsende auf den Konferenzen in Jalta auf der Krim (Januar 1945) und in Potsdam (Juli 1945) später einigte, sondern da an ihm der Geist deutlich wird, in dem diese Abkommen geschlossen wurden.

Allerdings beschlossen die „großen Drei“ (USA, UdSSR, Britannien) in Potsdam auch, die Aufteilung Deutschlands erst einmal auf Eis zu legen und es der gemeinsamen Verwaltung durch den Alliierten Kontrollrat zu unterstellen. Für die Umsetzung der Beschlüsse des Rates war jede Besatzungsmacht in ihrer Zone zuständig. Frankreich bekam noch eine eigene Zone, für die Britannien und die Vereinigten Staaten jeweils ein Stück von ihrer abtraten, und ein Vetorecht im Kontrollrat.

Zunächst brachen kleine Widersprüche unter allen Besatzermächten

aus. Die Sowjetunion hatte ihr Bestes gegeben, noch ehe der Abschluss der Potsdamer Verträge Bestimmungen über Entschädigungen und Reparationen festlegte, soviel Kriegsbeute wie möglich aus dem Lande und in die UdSSR zu schaffen. Das betraf vor allem industrielle Anlagen. Frankreich blockierte die Einrichtung deutscher Zentralbehörden und tat alles, um die Eigenständigkeit seiner Zonen zu stärken; es hätte Deutschland am liebsten in möglichst viele Länder zerfallen gesehen, die höchstens noch durch ein föderales Bündnis zusammengehalten werden.

Nachdem Hitler-Deutschland geschlagen war, entdeckten die einzelnen imperialistischen Staaten langsam wieder ihren Haß gegeneinander. Schließlich setzte sich die Spaltung der Welt in den Osten und den Westen durch, der die Epoche des bipolaren Imperialismus einläutete.

1948: Aus eins mach zwei

Und auch die Zweiteilung Deutschlands war nichts weiter als ein Produkt der Spaltung der alliierten Siegermächte in den „West“- und den „Ostblock“. Am 20. März 1948 hatten die Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht den Alliierten Kontrollrat in Berlin verlassen, weil die Londoner Sechsmächte-Konferenz (Westmächte und Beneluxstaaten) u.a. die Zusammenarbeit der drei Westmächte in Deutschland empfohlen hatte.

Die unter amerikanischer Kontrolle in den Westzonen 1948 vollzogene Währungsreform war die endgültige wirtschaftliche Abtrennung von der sowjetischen Besatzungszone. Die Sowjetunion reagierte mit Schließung

der Grenzen.

Unter Federführung der Westmächte geschah es auch, da Westdeutschland am 8. Mai 1949 das Grundgesetz annahm und sich im September desselben Jahres als BRD etablierte. Moskau konnte nur noch eilig hinterherhinken und schaffte es, die DDR am 7. Oktober 1949 durch die SED-Führung gründen zu lassen.

1952: Adenauer verhindert die Wiedervereinigung

Am 30. Januar 1951 bot die DDR-Volkskammer dem BRD-Bundestag unter der Parole „Deutsche an einen Tisch“ an, die Wiedervereinigung vorzubereiten. Mit der Begründung, die Ostberliner Regierung sei nicht demokratisch legitimiert, wurde der Vorschlag im Westen abgelehnt. Das war natürlich nur ein Vorwand, wie sich bald zeigen sollte.

Noch zweimal wurde der BRD-Regierung die Wiedervereinigung Deutschlands angeboten, 1952 und '55 - und zwar von der UdSSR. Nach außen hin versuchte man im Westen, den Eindruck zu vermitteln, die Sowjetregierung meine es nicht ernst. Aber sowohl die durch neuere Akteneinsicht bekannt gewordene Haltung der im Westen verantwortlichen Politiker, die von einem ehrlichen Angebot Stalins ausgingen, als auch der im Nachhinein von Chruschtschow und Ulbricht erhobene Vorwurf gegen den russischen Geheimdienstchef Berija, er habe die DDR opfern wollen, zeigen, wie sehr man vom Ernst der Sache überzeugt war.

Die UdSSR verband ihre Bereitschaft, ihre deutsche Einfluszone aufzugeben, mit der Bedingung, da die BRD nicht der NATO beitrete. In militärischer Hinsicht konnte die Moskauer

Bürokratie auf die DDR verzichten, weil sie jetzt auch, wie die USA, über die Atombombe verfügte und sich keine Gedanken mehr über territoriale Rückzüge bei einem Konflikt machen mußte. In ökonomischer Hinsicht mußte die UdSSR den Verzicht auf die DDR ebenfalls nicht befürchten. Denn sie war 1952 noch ein Herd der Instabilität. Erst 1961 sollte sie zum höchstentwickeltesten Land des Ostblocks werden.

Aber genau das war auch der Grund, warum der bundesdeutsche Staat an den Angeboten nicht interessiert war. Was sollte er sich mit einem wirtschaftlich desolaten Land wiedervereinigen? Was ging ihn das Schicksal deutscher Familien an, wenn das militärische und politische Bündnis mit den USA viel lukrativer erschien?

So erklärte Adenauer, er sei mit dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Ostdeutschland einverstanden, sei aber nicht bereit, dafür irgendwelche Gegenleistungen zu erbringen. Und die USA gingen 1954 mit einem ähnlich starken Verhandlungswillen in die Berliner Viermächte-Konferenz.

Trotz großer und breiter Demonstrations- und Protestbewegung innerhalb der westdeutschen Bevölkerung gegen die Wiederbewaffnung trat die BRD der NATO bei und verabschiedete am 27. Februar 1955 die Pariser Verträge, die die Aufrüstung regelten.

Die SPD bedauerte zwar nun die vollendete Teilung Deutschlands, wirkte aber völlig ungläubig, weil ihr Führer Schumacher die „Magnet“-Theorie vertrat. Ihr zufolge sollte die Attraktivität des Weststaates erhöht und Ostdeutschland damit ausgehöhlt werden, was zur Wiedervereinigung führen werde. Was die CDU-Regierung aber gemacht hatte, war nichts anderes als die konsequente Umsetzung der SPD-

Theorie.

Die Wiedervereinigung

Die einzige Kraft, die ernsthaft die Wiedervereinigung forderte, war die Arbeiterklasse. Im Generalstreik in der britischen Besatzungszone 1948 forderten die Kollegen neben der Sozialisierung der Betriebe auch die Schaffung eines gemeinsamen deutschen Staates. 1953 wurde im Arbeiteraufstand in der DDR auch die Forderung der Einheit laut. Und auch 1989 und 1990, als die Wiedervereinigung Realität wurde, waren es die Arbeiter, die dafür auf die Straße gingen.

Die Bürgerrechtsbewegung des „Neuen Forums“, die sich hauptsächlich aus mehr oder weniger privilegierten Kleinbürgern zusammensetzte, wollte ein Mitspracherecht von den SED-Großkonzernen eingeräumt bekommen, was die Politik der DDR anging. Anders als die Arbeiter verfolgte sie nicht den Sturz der Bürokratie. Weil die Arbeiter in der DDR also keine Unterstützung fanden, suchten sie sich im westdeutschen Kapital, da sich eine andere Alternative nicht aufbot. Aber das war schon damit zufrieden, da es über die Mauer hinweg investieren und Geschäfte machen konnte. Was sollte es da noch Rentenbeiträge, Sozial- und Krankenversicherungen für die Arbeitskräfte bezahlen?

So war es tatsächlich der Druck von unten, der die Wiedervereinigung herbeigeführt hat. Auf Seiten der Bosse war kaum jemand an ihr interessiert; und das Kohl der Architekt der Einheit sei, ist ein Ammenmärchen. Auch er hatte erst aufgehört, sich zu widersetzen, als ihm keine Wahl mehr blieb.

Fußnoten:

1. W.S. Churchill: „The Second World War“, Bd. 6, London 1954, S. 198
2. Siehe auch K. Schmitz: „Vor 10 Jahren:

Den Klassenkampf online lesen!
Die Internationalen Sozialisten im Internet:

www.internationalesozialisten.de

Email: Klassenkampf@netcologne.de

Polen - zehn Jahre nach dem Fall des Stalinismus

Umbruch zu neuen Kämpfen

Polen wird als die große Erfolgs-story der Marktwirtschaft in Osteuropa gefeiert. Mitglieder unserer Schwesterorganisation Arbeiterdemokratie haben mit Hazel Croft über das wirkliche Leben zehn Jahre nach dem Fall des Stalinismus 1989 gesprochen.

Vor zehn Jahren haben Sozialisten den Sturz des stalinistischen Regimes begrüßt. Ist das Regime, das es ersetzt hat, besser?

Polen hat die erfolgreichste nach-kommunistische Wirtschaft. Der Ökonomie wird für dieses Jahr ein Wachstum von vier Prozent vorausgesagt. Aber „erfolgreich“ ist sie nur im Vergleich zum katastrophalen Zustand der Wirtschaft Rulands und zu dem im Rest von Osteuropa. Die polnischen Führer nennen das Land den „Tiger Europas“. Dieser Name verheißt nichts gutes, bedenkt man die Wirtschaftskrise, die die Tigerökonomien Asiens verwüstet hat.

Die Arbeiter haben die sogenannten Wunder des Marktes nicht miterleben dürfen. Heute leben 55% der Bevölkerung unter der offiziellen Grenze, die als das gesellschaftliche Minimum festgelegt worden ist. Und sieben Prozent - etwa zwei Millionen Menschen - leben unter dem Minimum, das man zum Überleben braucht. Offiziell liegt die Arbeitslosigkeit bei 12%, aber in Wirklichkeit ist sie in einigen Industriegebieten schon bei 20% und mehr angelangt.

Die Regierung setzt durch, was sie „die großen Reformen“ nennt. In Polen heißt „Reform“ das gleiche wie in Britannien, wo Tony Blair von Sozial- und Gesundheitsreform redet: Kürzungen, Entlassungen und schlechtere Versorgung. Es gibt gewaltige Entlassungspläne - bei der Eisenbahn, in der Stahlindustrie und bei den Lehrern. Etwa 40% der Bergarbeiter werden ihre Stelle verlieren. Was das Jahr 1989 gebracht hat, war die Ersetzung von einer Form kapitalistischer Herrschaft, Staatskapital-

ismus, durch eine andere, den Marktkapitalismus.

Die alten staatlichen Bosse sind zu Privatkapitalisten geworden, haben sich zusammen mit ehemaligen Führern der Solidarnosc-Gewerkschaftsbewegung bereichert. Die erste Solidarnosc-Regierung hat eine Reihe von „Schocktherapie“-„Reformen“ durchgesetzt - blitzschnelle und brutale Privatisierungs-Programme. Die Arbeitslosigkeit ist von fast null Prozent Ende der 80er Jahre auf 12-14% in ein paar Jahren angewachsen.

Trotz verschiedener Regierungswechsel hat es immer nur eine Idee gegeben, auf welche Art man Polen „reformiert“ - indem man eine freie Marktwirtschaft schafft. So hat ein polnischer Journalist einmal gesagt, Polen hat fünf Regierungen gehabt, aber nur eine Wirtschaftspolitik. Als die reformierte Kommunistische Partei, die sich heute Demokratische Linke nennt, an der Regierung war, verfolgte sie genau die gleiche Pro-Markt- und Pro-Privatisierungs-Politik wie Solidarnosc.

Die von Solidarnosc geführte Regierung von heute ist die unpopulärste Regierung seit 1989. Ihr Wahlbündnis besteht aus der Solidarnosc-Gewerkschaft und einer Reihe kleinerer rechter Parteien. Es regiert zusammen mit der Lieblingspartei der Bosse, der rechten Freiheitsunion. Der gegenwärtige Finanzminister war der Architekt des „Schocktherapie“-Programms nach 1989.

Bei Solidarnosc denken die meisten Menschen an die große Revolte gegen das stalinistische Regime 1980-81. Was ist seitdem passiert?

Als sie 1989 an die Macht kam, versuchte die Führung von Solidarnosc, einen Kapitalismus westlicher Art in Polen zu errichten. Führende Solidarnosc-Figuren, wie Lech Walesa, akzeptierten die Idee, da sie sich bereichern und Top-Jobs übernehmen könnten.

Das Schicksal von Jacek Kuron gibt ein Bild davon, welchen Weg Solidarnosc genommen hat. Kuron war ein führender Oppositioneller zum stalinistischen Regime und schrieb Mitte der 60er Jahre den berühmten „Offenen Brief an die Partei“. Darin lieferte er eine grundsätzliche marxistische Analyse Polens und rief zu einer Arbeiterrevolution auf. Er wurde zu einem leitenden Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR)

und zu einem Anführer der revolutionären Kämpfe von 1980-81, die von Solidarnosc organisiert wurden.

Da aber keine tatsächlich sozialistische Alternative vorhanden war, akzeptierte er wohl die Lehre vom Marktkapitalismus. Er wurde Arbeitsminister in der ersten Solidarnosc-Regierung 1989, die die „Schocktherapie“-Marktformen begann. Heute ist Kuron in der Freiheitsunion - der größten Pro-Markt-Partei, die die Schlüsselrolle in der Beschneidung des Lebensstandards der Arbeiter gespielt hat.

Die Mehrheit der zehn Millionen Arbeiter, die 1980-81 in Solidarnosc involviert waren, fühlen sich verraten. Eine kürzlich ausgestrahlte Fernsehsendung zeigte die Witwen der Bergarbeiter von Wujek. Unter dem Kriegsrecht des alten Regimes waren diese Bergarbeiter umgebracht worden. Ihre Witwen leben nun in bitterer Armut und fragen: »Für was sind unsere Ehemänner gestorben?«

Welche Rolle spielt die katholische Kirche?

Für gewöhnlich hat man die katholische Kirche mit der Opposition gegen das Kommunistische Regime gleichgesetzt, aber mit Rebellion assoziiert sie keiner mehr. Die Regierung hat einen „Vertrag“ mit der katholischen Kirche. So bezahlt sie z.B. die Priester, damit sie in die Schulen gehen können. Aber die meisten Menschen sind gegen die Vermischung von Religion und Politik, obwohl tatsächlich 90% der Bevölkerung katholisch sind.

Die meisten Menschen haben auch eine viel freizügigere Haltung zu Themen wie Abtreibung. Abtreibung ist in Polen verboten; Ausnahmen gibt es nur im Falle einer Vergewaltigung, wenn das Leben der Frau gefährdet oder der Fötus ernsthaft beschädigt ist. Aber neueste Umfragung haben gezeigt, da zwei Drittel der Bevölkerung das Recht auf Abtreibung befürworten.

Wie sah die Antwort der Arbeiter auf Kürzungen und Privatisierungen aus?

In den letzten Jahren ist es zu verschiedenen Streik- und Protestwellen gekommen. Der zehnte Jahrestag der ersten freien Wahlen 1989 zeichnete sich im Juni durch radikale Proteste von Krankenpflegerinnen im ganzen Land aus. Über 200 von ihnen besetzten das

Arbeitsministerium. Als sie hinausgeworfen wurden, stellten sie einen Zeltposten davor auf. Tausende von Krankenpflegerinnen besetzten Krankenhäuser und Büros von Gesundheitsämtern. Tausende traten in einen Hungerstreik. Die Krankenpflegerinnen, die zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern in Polen gehören, haben eine Lohnerhöhung von zehn Prozent gefordert. Gegenwärtig bekommen sie 360,- DM im Monat.

Diese Taten haben die Regierung schockiert. Sie entsandte Anti-Terror-Einheiten der Polizei, um Krankenpflegerinnen in der Stadt Gorzow anzugreifen. Es kam zu Szenen, in denen Krankenschwestern vor dem Parlament mit der Polizei kämpften. Über 30.000 Krankenpflegerinnen marschierten in einer wütenden Demonstration am 23. Juni im strömenden Regen durch die Hauptstadt Warschau. Die solidarischen Ambulanzfahrer blockierten die Straßen und legten so die Stadt lahm.

Am Tag nach der Demo der Krankenpflegerinnen demonstrierten die Rüstungsarbeiter in Warschau, die - genau wie in Russland oder der Ukraine - seit Monaten nicht mehr bezahlt worden sind. Sie kamen aus der Stadt Radom, wo Arbeiter 1976 die Hauptquartiere der Herrscher der Kommunistischen Partei niedergebrannt hatten. Der stalinistische Staat hat mit Hetzkampagnen gegen die Arbeiter in Radom reagiert und sie brutal niedergeschlagen. Dennoch haben ihre Aktivitäten zur Gründung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter geführt, das eine herausragende Rolle im Aufstieg von Solidarnosc gespielt hat.

Diesen Juni eröffnete die Polizei mit Gummigeschossen das Feuer auf Demonstranten. Mehrere Arbeiter wurden verwundet, und einem Zeitungsphotographen wurde das Auge ausgeschossen. Der Innenminister, ein Solidarnosc-Führer aus Lodz, verteidigte das Schießen der Polizei auf eine illegale Demonstration - die Art von Demonstration, an der er einmal selber teilgenommen hätte.

Polen ist einer der drei neuen NATO-Mitglieder. Wie haben die Menschen auf den Balkankrieg reagiert?

Ungefähr 80% der polnischen Menschen waren dafür, der NATO beizutreten und nur sieben Abgeordnete stimmten im Parlament dagegen. Der Balkankrieg begann nur zwei Wochen, nachdem Polen



Lech Walensa wandelte sich vom Arbeiterführer zu einem der aggressivsten Kürzungspolitiker

NATO-Mitglied geworden war. Zuerst waren 30% gegen den Krieg. Diese Zahl wuchs in Meinungsumfragen gegen Ende des Krieges auf ungefähr 40%. Aber es herrschte ein großes Vakuum vor, was die organisierte Opposition gegen den Krieg anging. Unsere Gruppe initiierte Anti-Kriegs-Veranstaltungen, und wir brachten auch eine Demo von ca. 250 Menschen auf die Beine. Die Zahl ist zwar klein, aber nur, weil es den revolutionären Sozialisten überlassen blieb, den Widerstand zu initiieren.

Gibt es ein Publikum für sozialistische Ideen oder denken die Menschen bei Sozialismus immer noch an die Unterdrückung des alten Regimes?

In Polen haben die Begriffe „links“ und „rechts“ eine andere Bedeutung. Viele Arbeiter bezeichnen sich als rechts, befinden sich aber plötzlich in Konfrontation mit den Regierungsplänen für die Umstrukturierung. So haben auch viele Menschen Solidarnosc trotz ihres Bündnisses mit extrem rechten Parteien

gewählt - wegen ihrer gewerkschaftlichen Vergangenheit.

Arbeiter sind entweder in Solidarnosc organisiert oder in der OPPZ, die die größte Gewerkschaftsorganisation ist. OPPZ war einmal die vom Staat geführte Gewerkschaftsföderation im Stalinismus, ist aber jetzt eine wirkliche Gewerkschaft. Aber wenn Arbeiter zur Tat schreiten, vergessen sie solche Differenzen. In den vergangenen Auseinandersetzungen der Krankenpflegerinnen trugen die Arbeiter z.B. sowohl Solidarnosc- als auch OPPZ-Fahnen.

Wir argumentieren, dass die ausschlaggebende Grenzlinie in Polen zwischen den Klassen verläuft. Wir nennen uns Arbeiterdemokratie, weil die Demokratie für wirkliche Sozialisten nicht bloß eine mögliche Sonderausstattung ist. Im Moment sind wir noch eine winzige Organisation. Aber die Menschen sind so desillusioniert, dass wir eine Menge Exemplare unserer Zeitung verkaufen können. Es gibt immer mehr Möglichkeiten für Sozialisten, eine wirklich linke Opposition aufzubauen.



Warum der Osten nie „rot“ war und der Sozialismus nicht zum Scheitern verurteilt ist

Eine kurze Darstellung der Staatskapitalismus-Theorie

★ MARK MAES

Im Jahr 1949, also genau vor 50 Jahren, wurde die Deutsche Demokratische Republik, ein staatskapitalistischer Staat nach dem Vorbild von Ru land, gegründet. 1989, d.h. vor 10 Jahren, brach der Ostblock und mit ihm die DDR zusammen.

Für die Bourgeoisie war dies ein willkommener Anlaß, ihr Argument, daß der Sozialismus zwar eine nette Idee sei, in der Realität aber zwangsläufig zum Stalinismus führe, erneut aus der Mottenkiste zu holen. Für sie war der Zusammenbruch außerdem ein Beweis dafür, daß der Sozialismus auch in ökonomischer Hinsicht nicht funktioniere. Dies erneut zu verkünden, wird sie sich auch in diesen Tagen anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung der DDR bzw. des 10. Jahrestages des Falles der „Mauer“ nicht nehmen lassen.

Ein Großteil der Linken seinerseits hat es nicht für nötig befunden, seine Theorien über den stalinistischen Staat kritisch zu überprüfen. Im Gegenteil: Er hat sich in immer wüstere Theorien hineingestürzt, wie z.B. die orthodox trotzkistische Gruppe Voran, die Gorbatschow zum Wegbereiter hin zum Sozialismus erklärte, oder ist bis heute der Meinung, daß die stalinistischen Staaten doch fortschrittlich waren bzw. sind.

Aber obwohl die Ostblockstaaten sich die Bezeichnung „sozialistisch“ gegeben haben, hatten sie mit einer klassenlosen Gesellschaft oder einem Arbeiterstaat nichts zu tun. Es handelte sich um Staaten, die ganz und gar nach den Prinzipien des Kapitalismus funktionierten.

Da bis heute noch die überwältigende

Mehrheit der Menschen der Lüge Glauben schenken, daß die 1989 untergegangenen Systeme sozialistisch waren, ist es sinnvoll, sich die Entwicklung Ru lands von einem Arbeiterstaat hin zu einem staatskapitalistischen Staat - mit der alles begann - noch einmal vor Augen zu führen.

Die russische Revolution 1917 und die Folgen des Bürgerkriegs

Im Oktober 1917 hat das russische Proletariat unter der Führung der bolschewistischen Partei das zaristische System in einer erfolgreichen Revolution beiseite gefegt. Daraufhin fielen 17 imperialistische Staaten in Ru land ein, und es folgte ein verheerender Bürgerkrieg, in dessen Verlauf sich die ohnehin zahlenmäßig schwache Arbeiterklasse (ca. 4,5-5% der Gesamtbevölkerung) noch weiter auf ca. 1,5-2% verringerte.

Die Rote Armee ging zwar vor allem deshalb siegreich aus dem Krieg hervor, weil sie die Taktik des revolutionären Defätismus anwandte, d.h. den Aufruf an die gegnerischen Soldaten, die Gewehre gegen ihre eigenen Offiziere zu richten, nach Hause zu gehen und dort eine Revolution zu machen. Trotzdem war der Preis für diesen Sieg sehr hoch.

Zum einen war die Arbeiterklasse, auf die sich die Revolution stützte, praktisch nicht mehr vorhanden (wie gesagt, 1,5-2% der Gesamtbevölkerung). Zum anderen waren es die kämpferischsten und klassenbewußtesten Arbeiter die auf dem Schlachtfeld ihr Leben ließen und

der Teil von ihnen, der überlebte, kehrte nicht in die Fabriken zurück, sondern übernahm Funktionärsposten im Staatsapparat. An ihre Stelle in den Fabriken traten die weniger bewußten Arbeiter bzw. Bauern, die vom Land in die Städte gezogen waren und überhaupt nicht in der Tradition großer Streiks und Strassenkämpfe standen.

Ein Großteil der Aufgaben, die normalerweise von den Fabrikkomitees und Arbeiterräten erfüllt werden sollten, mußte nun vom Staatsapparat übernommen werden. Zu diesem Zweck kamen auch Bürokraten des zaristischen Systems in den Staatsapparat, da sie das nötige Know-how besaßen. Natürlich waren diese nicht interessiert an den Zielen der Revolution, beeinflussten aber ihrerseits die bolschewistischen Parteimitglieder bis in die höchsten Führungskader, was sich in zunehmender Bürokratisierung des Staatsapparates äußerte.

Die Konterrevolution

1924 markierte den Anfangspunkt der Konterrevolution. Nach Lenins Tod proklamierte Stalin die Politik vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“. Damit revidierte er die bisher gültige Meinung innerhalb der Partei, daß der Erfolg der Revolution langfristig nur gesichert werden kann, wenn in den hochentwickeltesten kapitalistischen Staaten, z.B. Deutschland, ebenfalls siegreiche Revolutionen stattfinden würden.

Stalins neue Linie sah nun vor, daß durch Zugeständnisse an die Bauern der Sozialismus im rückständigen Ru land, wenn auch im Schnecken tempo, aufgebaut werden könne. In Wirklichkeit war

diese Politik jedoch nur der Ausdruck der Furcht der Bürokraten, durch Konfrontationen mit den Bauern oder möglichen revolutionären Ereignissen im Ausland ihre privilegierten Pöstchen zu verlieren. Die linke Opposition um Trotzki, die sich der Revolution und nicht ihrer Privilegien verpflichtet fühlte, argumentierte dagegen, da nur durch Industrialisierung bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, Erweiterung der Arbeiterdemokratie, Bekämpfung der Bürokratisierung und vor allem eine konsequent internationalistische Politik die Revolution verteidigt werden könne.

Von nun an wandte sich die Bürokratie zunehmend von den politischen Zielen der Revolution ab und wurde sich immer mehr ihrer eigenen Interessen bewußt, d.h. sie entwickelte sich langsam von einer „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“. Parteimitglieder, die diesen Kurs bemängelten, wurden aus der Partei ausgeschlossen, inhaftiert, deportiert oder ermordet. Das mußten als erstes Trotzki und die linke Opposition erfahren, später die Anhänger Kamenjews und Sinowjews und zu guter letzt Bucharin und die rechte Opposition.

Dennoch betrieb die Bürokratenfraktion um Stalin noch keine Politik, die allzu brutal gegen die Arbeiter gerichtet gewesen wäre. So bestand in den Betrieben weiterhin die „Troika“, d.h. Entscheidungen der Manager konnten in gewissem Maße von Gewerkschaftern und kommunistischen Arbeiter beeinflusst werden. Außerdem existierte weiterhin das Streikrecht, und die Arbeiter konnten immerhin ein Drittel der Streiks zu ihren Gunsten entscheiden. Die Reallöhne stiegen langsam aber sicher auf das Vorkriegsniveau und ein Parteimitglied bekam ungeachtet seiner Stellung einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Das änderte sich jedoch 1928 mit der Einführung des ersten Fünf-Jahres-Plans schlagartig. Dieser sah eine massive Steigerung der Industrialisierung und eine Zwangskollektivierung landwirtschaftlicher Betriebe vor. Durch die Zwangskollektivierung konnte Stalin zum einen die ökonomische Macht der Bauern brechen, die sie durch die Zugeständnisse der Bürokraten erlangt hatten, und zum anderen Nahrungsmittel und Rohstoffe in die Städte pumpen, um dort die zunehmende Anzahl von Arbeitern zu ernähren, die die Industrialisierung mit

sich brachte.

Die Einführung des ersten Fünf-Jahres-Plans markierte also einen weiteren Meilenstein in Stalins Konterrevolution. In der Folgezeit verschlechterten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen rapide. Streiks waren verboten, der Arbeitsplatz durfte nicht ohne Erlaubnis verlassen werden, wer drei Mal seiner Stelle fernblieb, wurde entlassen und wurde nirgendwo mehr eingestellt, das durchschnittliche Einkommen eines Arbeiters sank um 50%, während das eines Parteimitgliedes nicht länger auf Facharbeiterniveau begrenzt war; außerdem wurde die Zwangsarbeit eingeführt.

Abgeschlossen wurde die Konterrevolution dann 1936 durch die Moskauer Prozesse, bei denen selbst Parteimitglieder, die nur im Verdacht standen, Skrupel bei der Ausbeutung der Arbeiter zu haben, verurteilt wurden.

Trotzkis Rußlandanalyse

Trotzki sah, da die Bürokratie nach 1924 die politische Macht in Rußland übernommen hatte und bezeichnete Rußland daher als degenerierten Arbeiterstaat. Nach Marx ist die Trennung zwischen politischer und ökonomischer Macht nur vorübergehend denkbar. Daher verglich Trotzki die Position der Bürokratie mit der einer Kugel auf der Spitze einer Pyramide, die zwangsläufig zu der einen oder anderen Seite herunterfällt.

Er erkannte nicht, da sich die Bürokratie bereits zur herrschenden Klasse entwickelt hatte. Daher schrieb er 1933, da »die Bourgeoisie nicht anders die Macht erobern konnte als durch einen bewaffneten Aufstand«, das Proletariat jedoch »die Möglichkeit nicht eingebüßt hat, die Bürokratie wieder zu unterwerfen, die Partei wieder zu beleben und das



Trotzkis Analyse über den Charakter der UdSSR wurde von Tony Cliff weiterentwickelt

Regime der Diktatur zu heilen – ohne neue Revolution, mit den Methoden und auf dem Wege der Reform.«

1936 revidiert er seine Ansicht und sprach bereits von einer notwendigen politischen Revolution, d.h. die Arbeiterklasse müsse die Bürokratie niederringen, könne aber die Eigentumsverhältnisse beibehalten.

Nun besaß die Bürokratie aber einen Staatsapparat, der ihre Politik durchsetzte. Laut Trotzki hatte das Proletariat die Möglichkeit, sich diesen Apparat dienstbar zu machen, weil er davon ausging, bei Rußland handele es sich weiterhin um einen Arbeiterstaat.

Zurecht fragte sich 1949 der palästinensische Trotzkist Tony Cliff, ob eine revolutionäre Arbeiterklasse Geheim-

polizei, Heer oder Arbeitslager eines Staates in ihren Dienst stellen könne, der sie bisher verfolgt hat. Die Antwort lautet nein. Die Arbeiter mü ten den Staat, der bei einer Revolution ja nicht aufhört, das Unterdrückungsinstrument einer herrschenden Klasse zu sein, zerschlagen und an seine Stelle Arbeiterräte und -milizen setzen. Dies zeigt, da Trotzki sich bei der Einschätzung des Charakters von Ru land geirrt hat.

Wie Rußland kapitalistisch wurde

Wie konnte Ru land sich nun aber von einem Arbeiterstaat in einen staatskapitalistischen Staat umwandeln? Obwohl die Bürokratie nach 1924 zunehmend die Industrie und Machtmittel des Staates kontrollierte und ihre Privilegien stetig ausbaute, war Ru land auch weiterhin eine verlockende Beute für die hochentwickelten kapitalistischen Länder.

Durch die Politik des „Sozialismus in einem Land“ war Ru land einerseits unabhängig von der Entwicklung des internationalen Kassenkampfes, konnte andererseits aber nicht mehr auf die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse hoffen. Daher konnte Ru land im Falle eines Krieges nicht mehr mit wenig Waffen und umso mehr Flugblättern ins Schlachtfeld ziehen, wie dies unter Trotzki im Bürgerkrieg geschehen war, sondern war gezwungen, jedem gegnerischen Panzer einen eigenen Panzer entgegenzusetzen. Das hatte zur Folge, da auch die russische Bürokratie Kapital akkumulieren mußte.

Sie befand sich im gleichen Dilemma wie vorkapitalistische Gesellschaften, die kapitalistisch produzieren mü ten, wenn sie nicht vom Kapitalismus vernichtet werden wollten. Innerhalb kürzester Zeit mü ten sie eine Industrialisierung zustande bringen, die sie mit ebenso hochentwickelten Waffen versorgen konnte, wie die kapitalistischen Länder. Nur, damit waren sie auf einmal Teil eines weltweiten Konkurrenzsystems, das auch sie zu Kapitalisten machte. Und auch in Ru land mü te sowohl der Konsum der Arbeiter als auch die Produktion dem Zwang zur Akkumulation (Anhäufung) von Kapital unterworfen werden, um damit riesige Industrien aus dem Boden zu stampfen, mit denen man in den Rüstungswettlauf eintreten konnte.

Genau das machte die Bürokratie auch ab dem Jahr 1927 und noch mehr nach

der Einführung des ersten Fünf-Jahres-Plans, indem sie den Produktionsmittelsektor immer weiter auf Kosten des Konsummittelsektors ausweitete. So wurden 1927/28 noch zwei Drittel des Bruttosozialprodukts für die Konsumgüter und ein Drittel für die Produktion ausgegeben. 1950 war das Verhältnis in etwa umgekehrt.

Warum der Staatskapitalismus vor dem Privatkapitalismus untergegangen ist

Obwohl die Produktion im Staatskapitalismus quantitativ immer weiter anstieg, hatte das auf die Qualität keine Auswirkungen. Im Privatkapitalismus macht der einzelne Kapitalist nur dann Profit, wenn er für seine Waren auf dem Markt einen Preis erzielt, der über seinen Produktionskosten liegt. Er ist daher ständig gezwungen, die Qualität seiner Waren zu verbessern, da auf dem Markt nur für qualitativ hochwertige Ware ein profitabler Preis erzielt werden kann.

Nun hat auch die oberste Bürokratenriege im Staatskapitalismus das Interesse, im weltweiten Konkurrenzkampf die Oberhand zu gewinnen. Aber der Gesamtbürokrat (der Staat) kann den einzelnen Bürokraten nicht nach Gewinn produzieren lassen. Die Produktionskosten dürfen in Relation zum Rüstungsetat nicht zu teuer sein, würden sie sich aber am Profit orientieren, mü te der Markt über das Produkt entscheiden und damit wären sowohl Einzelbürokrat als auch Gesamtbürokrat überflüssig. Somit war in der Produktion nicht Qualität, sondern Masse gefragt, und man sprach im Ostblock von der „Tonnenproduktion“. Aus diesem Grund führte eine Erhöhung der Produktion im Staatskapitalismus nicht zu einer Erhöhung der Produktivität.

1988 betrug der Ausschü in der DDR bei allen Produkten durchschnittlich 50%. Aus der geringen Produktivität resultierte das größte Problem des Staatskapitalismus, der Kapitalmangel. Diesen versuchten die Bürokraten durch Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte zu kompensieren, was sich in Frauenarbeit und der Beschäftigung von Arbeitskräften - im Fall der DDR - aus Nordkorea und Vietnam äußerte. Diese Verschwendung von Arbeitskraft behinderte wiederum die Akkumulation.

Scheitern des Sozialismus oder Scheitern des Kapitalismus?

Da im Verlauf des Kapitalismus die Qualität der Produkte vor allem in der Rüstungsindustrie immer besser wurden, konnte Ru land wegen seiner geringen Produktivität im Rüstungswettlauf nicht mehr Schritt halten. So waren die Waffen, die Ru land dem Irak im Golfkrieg lieferte, denen der Amerikaner hoffnungslos unterlegen. Ein Vergleich der Rüstungsausgaben Ru lands mit denen der USA im Jahre 1988 zeigt, wie nah dem Staatskapitalismus kurz vor der ökonomische Zusammenbruch bevorstand, da die UdSSR 60% ihres Haushalt für Rüstung ausgab, während die USA lediglich 6% ausgaben. Die Bankrotterklärung folgte dann auch tatsächlich ein Jahr später. Da der Staatskapitalismus im Gegensatz zum Privatkapitalismus der schwächere Kapitalismus war, war es klar, da er als erstes verdrängt wurde. Eine Krise rafft immer zuerst das schwächere Kapital hinweg.

Nun wurden wir Zeugen, wie die asiatischen „Tigerstaaten“ in ihren wirtschaftlichen Grundfesten bis ins Mark erschüttert worden sind. Bei ihnen handelte es sich um eine Ökonomie, die man als privaten Staatskapitalismus bezeichnen könnte, da der Staat die für das Land wichtigen Industriezweige besessen hat. Hier ist es notwendig gewesen, soviel Kapital wie möglich auf einmal einzusetzen, um den Wettlauf mit den Industrieländern nicht zu verlieren.

Bei der nächsten großen Krise wird der Privatkapitalismus an der Reihe sein, da hilft ihm auch nicht sein Geschwätz vom „Scheitern des Sozialismus“, der ja eh keiner war. Denn was der Niedergang der Ostblockstaaten und nach ihm der der „Tigerstaaten“ gezeigt hat, ist, da der Kapitalismus der Probleme nicht mehr Herr wird, die er selber geschaffen hat. Er ist gescheitert, und das beweist er jeden Tag auf's neue, wenn weltweit wieder zig Tausende ihre Arbeit verlieren, Tausende verhungern, Kriege die Länder überziehen usw. usf.

Die einzige Alternative ist es, diesem mörderischen System endlich den Garaus zu machen, um eine Gesellschaft aufzubauen, die den Bedürfnissen der Menschen dient: den Sozialismus.



Nachruf: Ignatz Bubis



Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung eines bitteren Interviews im 'Stern' ist Ignatz Bubis verstorben. In dem Interview zog er ein trauriges Resümee über seine sieben Jahre als Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Juden.

Auf die Frage der 'Stern'-Reporter: »Herr Bubis, was haben Sie bewirkt?«, antwortete er: »Nichts, fast nichts«.

Tatsächlich gelang es ihm aber bei verschiedensten Anlässen, die Erbschaft des deutschen Kapitalismus anzumahnen und so manche Politiker und Intellektuelle in Wut und Unruhe zu versetzen: das Erbe des sechs-millionen-fachen Mordes an Juden im Holocaust.

Diese Wut zog er beispielsweise bei seinem Auftritt nach dem Mörderpogrom in Solingen auf sich. Ihm wurde vorgeworfen, als Jude habe er nichts an einem Ort verloren, wo die Opfer Asylanten sind. Dabei war es genau richtig von ihm, sich einzumischen. Gegen die Nazis müssen sich alle zusammentun. Und allein durch seine Anwesenheit war es ihm gelungen, die von vielen geleugnete Kontinuität vom Holocaust bis zu den Morden und Anschlägen Anfang der 90er Jahre darzustellen. Die riesige Hetze der Politiker und Medien darüber, da „das Boot voll“ sei, war ein klares Zeichen an die Nazis, sich mit ihren Morden auszutoben. Den Politikern war es eine Freude, ermöglichte dieser Terror nämlich, das traditionelle Asylgesetz in Deutschland abzuschaffen.

Schon in den 70er Jahren wurde Bubis als Vertreter des »jüdischen Spekulantentums« beschimpft - von keinem anderen als dem damaligen linksradikalen Sponti und heutigen Außenminister Joschka Fischer. Natürlich sind wir gegen Spekulanten, aber auch gegen christliche, islamische, hinduistische und atheistische. Hervorzuheben, da Bubis Jude ist, ist blanker Rassismus.

1985 kämpfte er gegen Rainer Werner Fassbinder, der in dem antisemitischen Theaterstückwerk "Der Müll, die Stadt und der Tod" mit der ganz offensichtlich Bubis darstellenden Figur eines reichen Juden gegen ihn hetzte. Bubis verhinderte mit weiteren Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Frankfurt die Aufführung des Stückes durch Besetzung des Theaters. Wieder setzten sich sogar Teile der Linken um Fischer dafür ein, die rassi-

stische Hetze gegen Juden durch die Aufführung des Stückes zu ermöglichen.

In der für das deutsche Kapital sehr wichtigen Debatte mit Martin Walser um ein Mahnmal für die jüdischen Holocaust-Opfer konnte er den Rechtsruck und den von Walser verlangten Schlusstrich unter den Massenmord nicht aufhalten. Gegen Walser stand er in der Öffentlichkeit allein da.

Im Stern-Interview sagte er mit Verweis auf Gerhard Schröder: »Die heutige Politikergeneration möchte auf eine sanfte Walser-Tour das Ganze zurükdrehen. ... Schröder hat nach der Bubis/Walser-Debatte sinngemäß gesagt, jetzt, nach dieser Diskussion, müssen wir das Mahnmal bauen. Das hört sich so an, als ob die Regierung den Bubis nicht im Regen stehen lassen könnte. Dabei ist das kein Bubis-Mahnmal. ... Es gab die Meinung: Laßt endlich mal Ruhe damit. Nun baut das Mahnmal! Weg damit! Nur für die Juden. Okay, runter vom Tisch! Es war auch hier Schlusstrich-Debatte. ...

Im öffentlichen Bewußtsein ist die Verantwortung für Auschwitz nicht verankert. Jeder in Deutschland fühlt sich verantwortlich für Schiller, für Goethe und für Beethoven, aber keiner für Himmler. Ein Großteil der Bevölkerung denkt wie Martin Walser. Ende. Zeit, Schlusstrich zu machen, nur noch nach vorne schauen.

... Ich habe immer herausgestellt, da ich deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bin. Ich wollte diese Ausgrenzerei, hier Deutsche, dort Juden, weghaben. Ich habe gedacht, vielleicht schaffst du es, da die Menschen anders bereinander denken, anders miteinander umgehen. Aber nein, ich habe nichts bewegt.«

Da das FDP-Mitglied Bubis ein so trauriges Resümee seiner sieben Amtsjahre zog, ist aber nicht verwunderlich. Bubis war ein mutiger, energischer und kämpferischer Mann, doch er hat versucht, den Kampf gegen den Faschismus auf dem Boden des bürgerlichen Staates zu führen. Dieser Kampf war zum Scheitern verurteilt, da der Faschismus eine der Formen genau der bür-

gerlichen Herrschaft ist, deren Fahne Bubis hochhielt. Sind dem Staat die Kosten aus seinem Asylrecht zu teuer, läßt er die Nazis an der längeren Leine laufen, um mit ihren Mordbomben die Einschränkungen oder die Aufhebung des Rechtes zu begründen, wie in Solingen. Ist es notwendig, die Menschen in Vorbereitung auf einen Weltkrieg absolut zu verrohen, scheut das Kapital auch vor Massenmorden und dem Holocaust nicht zurück, wie bei Hitler. Schließlich hält der Staat sich durch eifrige Geschenke die Nazis als stille Reserve, die in der Zuspitzung der Krise wieder benötigt werden, um gegen eine aufbegehrende Arbeiterklasse eingesetzt zu werden. Jüngstes Beispiel waren die reichhaltigen LKW- und Ausrüstungsgeschenke an den Nazi-Terroristen Manfred Roeder, der zudem noch zu Vorträgen vor führenden Militärs eingeladen wurde, um über die Rückeroberung von Teilen Polens zu referieren.

Bubis mußte scheitern, da er nicht den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse eingenommen hat, deren Perspektive darin liegt, den Kapitalismus zu stürzen - der die Wurzel des Faschismus ist - und eine solidarische Gesellschaft aufzubauen, wo nicht der eine Teil der Menschen gegen den anderen ausgepielt und aufgehetzt werden muß.

Die bürgerliche Demokratie ohne Rassismus oder den Faschismus in Reserve gibt es nicht.

Zum Ende seines Lebens hin verfügte Bubis noch:

»Ich möchte in Israel beerdigt werden, weil ich nicht will, daß mein Grab in die Luft gesprengt wird - wie das von [seinem Vorgänger] Heinz Galinski.«

Es ist erschreckend, daß sich ein Jude in Deutschland bis heute nicht einmal seines Leichnams sicher fühlen kann.

Doch auch Israel ist ein Staat, der ganz tief von Klassengegensätzen geprägt ist und in der Rassismus und Terror schürt, um die einen gegen die anderen aufzu-

Theoretisches Organ der Internationalen Sozialisten

Nr. 1 - 4/92: Sozialisten und die Nationale Frage, PKK und der Sozialismus, Verbrechen im Kapitalismus, Weiter mit Lenin, Einheitsfront im Antifakampf

Nr. 2 - 7/92: Die Arbeiterklasse, Die Nationale Frage und Cuba, Ostblock - zurück zu Stalin?, Zur Aktualität von Georg Lukacs, Tendenzieller Fall der Profitrate - wirklich gestoppt?, Rio

Nr. 3 - 10/92: Kritik der Arbeiterklassenkritiker, SPD 1992: Popper statt Sozialismus-Gefasel!, Gewerkschaften - schlafende Riesen (SWP-Text), Fülberth, Keine Zwangsabgabe für die 3. Welt.

Nr. 4 - 1/93: Somalia - noch zu retten?, Die Motive der USA in Somalia. Mandel entdeckt den Ausgang aus dem Leninismus, Generalstreik 1948, Lichterketten - Antifa- oder Exportquotenbewegung?

Nr. 5 - 5/93: Mandel's, Aktualität der Staatskapitalismustheorie, Jugoslawien,

Wohin treibt die arabische Welt?, Nationale Unabhängigkeit: durch die Bourgeoisie oder durch das Proletariat?,

Nr. 6 - 9/93: Bad Kleinen, Leo Trotzki: Über den Terror, Türkei-Kurdistan: PKK - Was nun?, FMLN-Basis, Aktionseinheit gegen deutsche Faschisten mit türkischen Nationalisten ?, Japan (SWP-Text)

Nr. 7 - 10/93: "Triple Opression", War Marx ein Vulgärmaterialist? Chile 1973: Das logische Ende des Reformismus (SWP-Text), Ostländer: Nicht West gegen Ost, sondern Oben gegen unten!

Nr. 8 - 1/94: Psychologie und Marxismus, Rechts und Links in Rußland, Pariser Kommune, Karl-Heinz Roths Idealismus, ein Neuanfang für die Linke?, Weg mit dem PKK-Verbot!

Nr. 9 - 6/94: Ausländer im Klassenkampf, Cohn-Bendit's Multikulturalismus, Novemberrevolution ohne Führung,

Einführung in die marxistische Philosophie, Mao's "Große proletarische Kulturrevolution"

Nr. 10 - 4/95: Wohin führen die "Staatskapitalismustheorien"?, Klassenkampf: In der Schwebe (SWP-Text), Mexico und die Weltkrise, Ursachen der Inflation, 100 Jahre Friedrich Engels, Frühsozialismus

Nr. 11 - 12/95: Permanente Revolution von Trotzki, Vorsicht: "Wundermittel" Ökosteuer, Faschismus und Antifaschismus, Südafrika, Der Niedergang der außerparlamentar. Linken

Nr. 12 - 3/96: Lenin und die Bolschewiki in der Diaspora, Partei und Klasse bei Karl Marx (SWP-Text), Die Anifabewegung nach 45, Französischer Generalstreik

Nr. 13 - 8/96: Gewerkschaften und Marxisten, Basis und Überbau am Beispiel der Medien, Partei und Klasse bei Karl Marx (SWP-Text), Lenin: Aprilthesen, Lenin und der Internationalismus

Nr. 14 - 12/96: Der neue

Mensch im Sozialismus, Klassenkampf in den USA, Buchkritik: Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat

Nr. 15 - 10/97: 50 Jahre Tradition der Internationalen Sozialisten: Interview mit Tony Cliff, Political Correctness - Perspektive oder Rückschritt?, Die Türkei - ein zu spätgekommener Imperialist, Lenin (SWP-Text)

Nr. 16 - 2/98: Geschichte und Dynamik der 68er Studentenbewegung, Rettet die Volksaktie die Arbeiter oder den Kapitalismus?, Die nichtkapitalistischen Sphären bei Rosa Luxemburg und die Tiger-Staaten, Die alternative Sichtweise Rosa Luxemburgs (SWP-Text)


Nr. 17 - 2/99: Marxismus und Kunst, Die Kunst der Oktoberrevolution



Woher sind Waffen!
Rücknummern bestellen bei:
Norbert Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln
Bestellungen per email: intersoz@netcologne.de

Klassenkampf

Der Klassenkampf ist DEINE Zeitung!



ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO

Jahresabo (6 Ausgaben) DM 20, inkl. Porto

Ja, ich möchte den Klassenkampf abonnieren!

DM 20,- sind beigelegt!*

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____

Weitere Infos unter: 0221 - 510 17 96

Ausschneiden und schicken an: N. Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln

* Oder Betrag überweisen auf: Postgiroamt (PGA) Hannover, BLZ 250 100 30, Kto. Nr.1409 93-301
Vermerk: KK-Abo

Veranstaltungen der IS

KÖLN

Jeden Mittwoch, 20.00 Uhr
Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429

1.9.1999 ★ Der Osten war nie rot :
Staatskapitalismus in Ru land ★ Referat und
Diskussion

8.9.1999 ★ Osttimor: Perspektiven f r die
Unabh ngigkeit ★ Referat und Diskussion

15.9.1999 ★ Was ist eigentlich: Demo-
kratischer Zentralismus? ★ Referat und
Diskussion

22.9.1999 ★ Kunst und Sozialismus ★ Referat
und Diskussion

29.9.1999 ★ Lenin: Linksradikalismus, die
Kinderkrankheit des Kommunismus ★ Referat
und Diskussion

6.10.1999 ★ Wer braucht die Nazis und wie
k rnnen wir sie stoppen? ★ Referat und
Diskussion

13.10.1999 ★ Vor zehn Jahren:
Der Untergang der DDR - Ein Grund zum
Trauern? ★ Referat und Diskussion

20.10.1999 ★ 1974: Revolution in Portugal ★
Referat und Diskussion

27.10.1999 ★ Mobbing und Arbeitswelt ★
Referat und Diskussion

UNI KÖLN

Diskussionen un aktuelle und theoretische
Fragen des Sozialismus an unserem Infostand:

★ Jeden Dienstag (im Semester) von 11.45 bis
13.00 Uhr im Foyer des Philosophikums an der
Uni K ln

WUPPERTAL

Jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr
Die B rse, Wolkenburg 100

2.9.1999 ★ Rosa Luxemburg - Portrait einer
Revolution rin ★ Referat und Diskussion

30.9.1999 ★ kofaschismus ★ Referat und
Diskussion

14.10.1999 ★ Staat und Revolution ★ Referat
und Diskussion

28.10.1999 ★ Die 68er Studentenrevolte ★
Referat und Diskussion

Besucher auf allen Veranstaltungen willkommen!

Termine:

- 4.9.1999 - Demo gegen den Nazi-Aufmarsch in Köln-Kalk
2.10.1999 - Demo gegen den Nazi-Aufmarsch in Köln

MARXISMUSTAG

September

Köln, 18.9.1999 - 13.00 Uhr

Alte Feuerwache, Melchiorstr.

Themen: Der neue Mensch im Sozialismus

George Orwell und die Spanische Revolution

Film über die Spanische Revolution: „Land und Freiheit“

IMPERIALISMUS

Marxismustag zum Thema Imperialismus

Köln 16.10.1999 - 13.00 Uhr

Alte Feuerwache, Melchiorstr.

Themen:

Klassische Phase des Imperialismus

Der Kalte Krieg und der Ost-West Konflikt

Die neue Weltordnung



Kontakt und Mitfahrgelegenheiten bei den Ortsgruppen oder unter Tel.: 0221 - 510 17 96



Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich verbessert oder schrittweise in seinem Wesen verändert werden. Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Die Arbeiterklasse kann die Parlamente, die Armee, die Polizei und Justiz nicht übernehmen und für ihre Zwecke dienstbar machen. Es gibt daher keinen parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf der Basis von Arbeiterräten. Den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozialismus muß diese Unterdrückung aufgehoben werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser Ziel ist es, die Massenorganisationen unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterbasis zu stellen und sie so zu echten Kampforganisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationen. Wir sind gegen jede Form des Rassismus und der imperialistischen Unterdrückung. Wir sind gegen jede Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht isoliert in einem Lande überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind und waren keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder. Wir unterstützen die Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind Basis und Führung gleichermaßen wichtig, ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt werden. Es ist notwendig, die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen. Der 'Klassenkampf' und die 'Linke Opposition' setzen es sich zum Ziel, auf den Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken.

Wir fordern alle diejenigen auf, sich den 'Internationalen Sozialisten' anzuschließen, die mit unseren politischen Grundsätzen übereinstimmen und bereit sind, aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

Ladenschlußdebatte Ein weiterer Angriff auf die Arbeiterklasse

Der arbeitsfreie Sonntag darf nicht aufgegeben werden!

Mit Tricks und illegalen Aktionen versuchen die großen Handelsketten immer unverschämter die gesetzlich festgelegten Ladenschlußzeiten aufzuweichen. Laut einer Emnid Umfrage sind zwei Drittel der Bundesbürger gegen eine Öffnung am Sonntag. Schon jetzt arbeiten rund 22,5% aller Beschäftigten in Deutschland Sonntags. Für etwa 8 Millionen Frauen und Männer bedeutet das eine unzumutbare Belastung ihres Arbeitslebens.

In diesem Artikel beleuchten wir die Auswirkungen einer Erweiterung der Öffnungszeiten auf die Arbeiterklasse und weisen auf die Notwendigkeit eines konsequenten Kampfes dagegen hin.

1956 war ein wichtiges Jahr für die Arbeiter im Nachkriegsdeutschland. Arbeiteten die Kollegen bis dahin noch durchschnittlich 47 Stunden an sechs

Tagen in der Woche, begann der DGB seine Kampagne „Samstags gehört Vati mir“. Die Forderung war die Einführung der Fünf-Tage-Woche mit acht Stunden täglicher Arbeitszeit. Durchgesetzt werden konnte das Gesetz in dem Jahr zunächst allerdings nur in der Zigarettenindustrie. Erst 1976, 20 Jahre später also, wurde die 40-Stunden Woche gesetzlich für alle Branchen eingeführt.

1956 wurde auch das Ladenschlußgesetz rechtskräftig, was die Geschäftsöffnungszeiten regulierte und den Arbeitern im Handel verbindliche Öffnungszeiten und einen arbeitsfreien Sonntag sicherte.

Sonntags und feiertags hatten die Geschäfte geschlossen zu bleiben, montags bis freitags durften sie nur zwischen 7 und 18.30 Uhr öffnen. Samstags durften die Geschäfte bis 14.00 Uhr, in der

Vorweihnachtszeit bis 18.00 Uhr öffnen.

Doch schon seit Jahren wird von manchen Handelskonzernen eine Lockerung des Ladenschlusses gefordert. Mit Erfolg: 1989 wurde der verkaufsoffene Donnerstag (bis 20.30 Uhr) eingeführt, 1996 wurde es Geschäften sogar gestattet, wochentags bis 20.00 Uhr zu öffnen und samstags wurde die Öffnungszeit bis auf 16.00 Uhr erweitert.

Schon dies hatte kaum tragbare Auswirkungen auf die Beschäftigten im Einzelhandel. Das Kapital griff verstärkt auf eine Schichtplanung zurück. Die Lebensqualität wurde deutlich eingeschränkt, da die Arbeitswoche für die Kollegen viel unkalkulierbarer wurde.

Dies würde sich mit einer Freigabe auch für den Sonntag noch verstärken.

Fortsetzung auf Seite 4 im Heft

DEMONSTRATION

gegen den Nazi-Aufmarsch

am 2.10.1999 in Köln

Alle zusammen gegen die braune Pest!

e

b